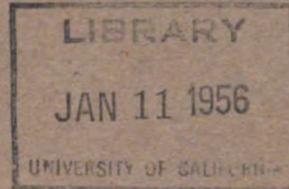


AL
KUNST
LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 33

BERLIN, DEN 16. AUGUST

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Eine Krise des Abrüstungsschwinds / N. Lenzner: Die ideologischen Fehlerquellen in der Leitung der KP Chinas / Hermann Remmele: Der Juliaufstand des Wiener Proletariats / Karl Kreibisch: Die Sozialdemokraten der Tschechoslowakei in der Opposition / *** Die politischen Parteien in Frankreich / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 33 16. AUGUST

I N H A L T

	Seite
Eine Krise des Abrüstungsschwindels	1585
Lenzner: Die ideologischen Fehlerquellen in der Leitung der KP Chinas	1588
Remmele: Der Juliaufstand des Wiener Proletariats	1595
Kreibisch: Die Sozialdemokraten der Tschechoslowakei in der Opposition	1606
*** Die politischen Parteien in Frankreich	1613
Guidio: Der Faschismus im Dienste des anglosächsischen Kapitals . . .	1621
Duret: „La Nouvelle Revue Socialiste“	1626

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postcheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

EINE KRISE DES ABRÜSTUNGSSCHWINDELS

Nach der Beendigung des Weltkrieges gab es eine Hausse in Friede und Abrüstung. Man mußte der Kriegsmüdigkeit und der Friedenssehnsucht der Massen Rechnung tragen und ihnen zugleich einzureden versuchen, daß das Ziel des ewigen Friedens und der Abrüstung in der kapitalistischen Gesellschaft und ohne Revolution zu erreichen ist. Der Versailler Friedensvertrag enthielt nicht nur die Beseitigung zweier der größten stehenden Heere Europas, des deutschen und österreichisch-ungarischen, sondern auch das Versprechen, daß die anderen Armeen diesen beiden folgen werden. Als Garantie der kommenden Abrüstungs- und Friedensperiode wurde der Völkerbund hingestellt. Mit sozialdemokratischer Hilfe verding dieses Abrüstungs- und Friedensmanöver im Weltmaßstabe auch wirklich bei den arbeitenden Massen und trug nicht wenig zur Niederlage der Revolution in Europa bei. Unter dem Schutze des Völkerbundes und der Abrüstungsillusionen konnten jene kapitalistischen Staaten, denen kein Friedensvertrag dies verbot, nach Herzenslust zu Lande, zu Wasser, in der Luft und ganz besonders für den chemischen Krieg rüsten, ohne daß sie darin irgendwie gestört worden wären. Dabei gelang es immer wieder, die Komödie von Abrüstungskonferenzen aufzuführen und so den Glauben der Völker an die kommende Friedensperiode wach zu erhalten. Das stärkste dieser Manöver war die Washingtoner Konferenz vom Jahre 1921 über die Seerüstungen, welche noch heute im Gedächtnis vieler Menschen als Abrüstungskonferenz weiterlebt, obwohl sie nur das Tempo der Aufrüstung bei den Großkampfschiffen und Mutterschiffen für Luftfahrzeuge festsetzte. Keine Satire kann die Ergebnisse dieser Konferenz so blutig beleuchten wie die Feststellung, daß die Festsetzung der zulässigen Zahl an Mutterschiffen für Luftfahrzeuge in einer Weise erfolgte, daß keiner der beteiligten Staaten bis heute diese Zahl erreicht hat.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß der Umfang der Abrüstungsmanöver und der Friedensbeteuerungen in demselben Verhältnis zu wachsen pflegt, wie die Rüstungen und die Kriegsgefahren. Der Abrüstungsschwindel, der am Ende der 90er Jahre von Zar Nikolaus II. durch sein bekanntes Friedensmanifest eingeleitet wurde, mutet heute wie ein kindlicher erster Gehversuch an und sein Resultat erscheint uns heute, gemessen an den Schrecken des imperialistischen Weltkrieges, ebenfalls bescheiden genug. Aber wenn wir den imperialistischen Weltkrieg und den heutigen Stand der Kriegsrüstungen als Maßstab nehmen, so erscheint uns der Militarismus vom Ende der 90er Jahre nicht minder bescheiden und die Proportion ist somit hergestellt. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges, besonders nach den Erfahrungen, welche die arbeitenden Massen durch den Weltkrieg mit den Friedens- und Abrüstungsmanövern der kapitalistischen Regierungen gemacht hatten, sowie zur Deckung der hundertfach gewaltigeren Kriegsrüstungen nach dem Weltkriege, waren ganz naturgemäß viel gigantischere Anstrengungen auf dem Gebiete der Abrüstungs- und Friedensmanöver notwendig, um auch nur wenigstens ein Jahrzehnt lang ausgiebige und haltbare Illusionen zu erzielen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint uns der ganze

Völkerbundsschwindel, samt den Manövern sämtlicher Abrüstungskonferenzen als eine durchaus nicht übertriebene Anstrengung der Imperialisten.

Daß diese Anstrengung durchaus nicht übertrieben, sondern sogar unzulänglich war, geht aus der Krise hervor, in welche der ganze Abrüstungs- und Friedensschwindel samt dem Völkerbund im heurigen Jahre geraten ist. Um die Zeit von Locarno und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gab es ein Hochkonjunktur der Völkerbundillusionen. Diese Hochkonjunktur ist aber rasch abgeflaut und das vollständige Mißlingen der im März abgehaltenen Besprechungen zur Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz hat den Völkerbund in den Augen der arbeitenden Massen derart diskreditiert, daß sogar schon sozialdemokratische Blätter ihm als Friedensgarantie ein Grablied gesungen haben. Es hält schon äußerst schwer, auch nur bei einem Teil der arbeitenden Klassen wenigstens einen Rest von Hoffnungen auf den Völkerbund und die Abrüstung aufrecht zu erhalten. Die Abrüstungshoffnungen sind überhaupt auf den Nullpunkt gesunken und die Sozialdemokraten mußten schon zu dem Mittel Zuflucht nehmen, den Massen einzureden, daß die Kriegsgefahr nur eine agitatorische Erfindung der Kommunisten sei, und daß die furchtbaren Kriegsmittel, wenn sie schon nicht einmal schrittweise aus der Welt zu schaffen sind, sondern sich sogar noch stark vermehren, nach den redlichen, friedlichen Absichten der imperialistischen Regierungen nur da sind, um nicht verwendet zu werden.

Eine wesentliche Verschärfung dieser Krise des Abrüstungsschwindels bedeutet das Scheitern der Genfer Konferenz über die Rüstungen zur See, die von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Japan als Fortsetzung der Washingtoner Konferenz von 1921 im Juni und Juli abgehalten wurde und nun mit einem so vollständigen Krach endete, daß, wie bei jedem Krach, die Beteiligten einander die Schuld daran in die Schuhe schieben. Ueber den Inhalt und die Zusammenhänge der Konferenz wurde in dieser Zeitschrift schon ausführlich berichtet. Ueber die Einzelheiten des Verlaufes der Konferenz, über die verschiedenen Vorschläge, die da gemacht, über die Kompromisse, die versucht wurden, sowie über die Konsequenzen des Scheiterns der Konferenz wird noch zu schreiben sein. Heute sei nur festgestellt, daß die Konferenz im wesentlichen daran scheiterte, daß Großbritannien unter Berufung auf sein ausgedehntes Kolonialreich und die weiten Handelswege, die es zu „schützen“ hat, seine Ueberlegenheit zur See durch Kreuzer und Zerstörer absolut nicht preiszugeben gedenkt.

So wie 1921 bei der Washingtoner Konferenz, konnte es sich auch diesmal keineswegs um eine Abrüstung handeln. Der „Daily Herald“, der doch sonst die pazifistischen Illusionen der Labour Party vertritt, kommentiert das Scheitern der Konferenz mit der Bemerkung, nicht der Friede, sondern der Krieg sei das dominierende Motiv der Konferenz gewesen und der einzige Weg zur Abrüstung sei der Weg zum Sozialismus, was angesichts der Völkerbundpolitik der II. Internationale auch als leere Phrase ein bemerkenswertes Zeichen der Desillusionierung ist. Das französisch orientierte „Journal de Geneve“ schrieb schon am 30. Juni in einem Artikel mit einer Ironie, die durch den ablehnenden Standpunkt Frankreichs gegenüber der Konferenz geschärft war, dem Sinne nach das Folgende: Gebaut wird auf jeden Fall, ob man sich nun in Genf einigt oder nicht; gewiß ist es besser, wenn weniger gebaut wird, aber man soll das nicht Abrüstung

nennen. So gründlich hat der Abrüstungsschwindel schon abgewirtschaftet, daß man sogar von dieser Seite schon die Wahrheit vernehmen kann. Die Lektüre der Berichte und Kommentare der bürgerlichen Presse über die Genfer Konferenz zeigt auch, daß man sich schon überhaupt keine Mühe mehr gibt, den Schwindel, daß es sich da um eine Abrüstung handle, aufrecht zu erhalten. Wenn dann die ganze Konferenz trotzdem von ihren Teilnehmern ernst gemeint und ernst weitergeführt wurde, wenn der englische Marineminister Bridgeman noch am 19. Juli dem Vertreter der „Daily Mail“ versicherte, von einem Zusammenbruch der Konferenz könne gar keine Rede sein, und wenn schließlich trotz des Krachs die Komödie einer „Vertagung auf unbestimmte Zeit“ aufgeführt wurde, so hat das seine Ursache darin, den Versuch der Täuschung der Völker fortzusetzen.

Es handelt sich beim Scheitern der Genfer Seerüstungskonferenz schon um mehr als eine Krise des Friedens- und Abrüstungsschwindels. Die Verschärfung der Gegensätze, die Gefahren des imperialistischen Krieges, die Gefahren der sich überstürzenden Kriegsrüstungen nehmen einen Umfang an, der es den Imperialisten unmöglich macht, sie auch nur insoweit zu meistern, als dies im Interesse der kapitalistischen Stabilisierung notwendig wäre. Es gelingt den Imperialisten wohl, eine schlaue Rechnung aufzustellen, einen Plan auszuarbeiten, wie sie die kapitalistische Welt stabilisieren, wie sie die Hindernisse dieser Stabilisierung beseitigen und wie sie ihre Rechnungen untereinander, wie sie den Kampf um die Weltherrschaft austragen wollen; aber die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte, die sie zu diesem Zweck in Bewegung setzen, entgleiten ihren Händen, lassen sich nicht meistern und schließlich wird die Katastrophe, welche die Imperialisten heraufbeschwören und dirigieren wollen, alle ihre Rechnungen über den Haufen werfen.

Das Scheitern der Genfer Seerüstungs-Konferenz ist nur zu begrüßen. Ihr Mißlingen hat den ungeheuren Wert der Beschleunigung des Zusammenbruches aller Abrüstungs- und Friedensillusionen der arbeitenden Klassen in den kapitalistischen Staaten und damit die Gewinnung immer neuer Massen für den Kampf gegen die Kriegsrüstungen, für den Krieg gegen den Krieg als einen Teil des revolutionären Klassenkampfes.

N. LENZNER :

DIE IDEOLOGISCHEN FEHLERQUELLEN IN DER LEITUNG DER KP CHINAS

Der Trotzismus in der chinesischen Revolution

Welches sind die ideologischen Quellen der opportunistischen Fehler in der Leitung der KP Chinas? Die Opposition ist bemüht, die politische Verantwortung für die opportunistischen Fehler der Leitung der KP Chinas auf das EKKI abzuwälzen, denn die Linie der KP Chinas sei die Linie des EKKI. Die Presse hat dokumentarische Beweise dafür gebracht, daß diese Linien auseinandergingen, daß die Linie der Zentrale der KP Chinas von der Linie des EKKI abgewichen ist.

Wäre die KP Chinas der Leninschen Linie des EKKI gefolgt, der Linie zur Entfesselung der Agrarrevolution, der Bewaffnung der Massen, der Agitation im Heere, der aktiven Teilnahme an der Regierung und den lokalen Machtorganen, der aktiven Arbeit innerhalb der Kuomintang zur Zusammenfassung der linken Elemente, zu ihrer Demokratisierung und Umwandlung in eine Massenorganisation, zur Kritik und Entlarvung der schwankenden Elemente der Kuomintang, zur Verdrängung der heimlichen und offenen Gegenrevolution, dann wäre die Revolution nicht so schnell und leicht zerschlagen worden.

Leider war die Linie der Zentrale der KP Chinas eine andere. In ihren taktischen Ansichten irrte die Zentrale zum Trotzismus ab. Ihre taktische Linie hatte zu ihrem Ausgangspunkt des öfteren die trotzkistische Bewertung der Grundprobleme der chinesischen Revolution.

Wir versuchen diese Behauptung zu begründen.

Bekanntlich besteht die Quelle der Unstimmigkeiten zwischen der Opposition einerseits und dem EKKI und der Parteizentrale andererseits in der verschiedenen Bewertung des Charakters der chinesischen Revolution. Das EKKI ist der Ansicht, daß die Revolution zu ihrer grundlegenden Aufgabe die Vernichtung der Ueberreste des Feudalismus hat, daß sie eine Agrarrevolution ist. Da aber die Ueberreste des Feudalismus vom ausländischen Imperialismus aufrecht erhalten werden, weil der ausländische Imperialismus die führende wirtschaftliche Position einnimmt (denn er beherrscht die Banken, den Transport, die Schwerindustrie, den machtvollen Handelsapparat, er ist der Gläubiger der Staatsanleihe, der Herr der Zollämter usw.), so muß diese Revolution notwendigerweise gleichzeitig eine nationale Befreiungsrevolution sein. Es ist unmöglich, die Agrarrevolution durchzuführen, das System des Militarismus hinwegzufegen, ohne dem Imperialismus die führende Rolle zu nehmen. Aber es ist zugleich unmöglich, das Land vom imperialistischen Druck zu befreien, ohne das militaristische System zu vernichten, ohne die Agrarrevolution durchzuführen. Insofern diese beiden Teile der Revolution unauflöslich miteinander verbunden sind, insofern bilden der Kampf gegen

den Militarismus und der Kampf gegen den Imperialismus einen einzigen Prozeß, insofern können sie nur durch den Sieg des vom Proletariat angeführten Blocks des Proletariats, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums durchgeführt werden, können sie nur angesichts einer demokratischen Diktatur dieser Klassen vollbracht werden.

Das war die Hauptlinie des EKKI und der Parteizentrale. Die Opposition hatte für diese Einheitlichkeit der Aufgaben der chinesischen Revolution kein Verständnis. Einerseits verneinte sie die überragende Rolle der feudalen Ueberreste im Dorfe und übersah den agrarischen Kern der Revolution, andererseits beschränkte sie die Aufgaben der nationalen-bürgerlichen Revolution auf den Kampf um die Abschaffung der Abhängigkeit in bezug auf das Steuerwesen. Das führte die Opposition dazu, die Einheit der Aufgaben der Revolution zu zerreißen, diese Aufgaben mechanisch zu trennen. Die nationale Revolution sei ein Ding, und die soziale ein ander Ding. In der letzteren übersah sie den agrarischen Drehpunkt, verneinte sie die ungeheure Rolle der feudalen Ueberreste, und deshalb übersprang sie die bürgerlich-demokratische Etappe, indem sie die Parole der Sowjets erhob und von Doppelherrschaft redete (und zwar lange bevor der Aufschwung und die Entwicklung der Massenbewegung die realen Voraussetzungen dafür geschaffen hatten). In der ersteren dagegen geriet sie in die Fußtapfen des Menschewismus und gelangte im wesentlichen zur Anerkennung der Hegemonie der industriellen Bourgeoisie in der nationalen Revolution.

Diese mechanische Trennung der Aufgaben der chinesischen Revolution war das geistige Gut des inneren Kerns der Zentrale der KP Chinas (Tschen Du-sü, Pyn Schu-tschü).

Als Kommentar zur Resolution des 7. Plenums des EKKI schrieb die Zentrale, sie sei der Ansicht, daß in China zwei Revolutionen, und zwar nacheinander gemacht werden müssen, während die Komintern offenbar der Meinung sei, daß eine zu machen sei.

Die Zentrale der KP Chinas sah also nur einen Teil der Aufgaben, nämlich die Aufgaben der nationalen Befreiung. Da aber die Zentrale der KP Chinas nicht die Einheit der Aufgaben der chinesischen Revolution sah, geriet sie auf die Linie des Chwostismus in bezug auf die chinesische Bourgeoisie, sie gelangte zur Ueberschätzung der Rolle dieser Bourgeoisie in der national-revolutionären Bewegung und zur Unterschätzung der Rolle des Proletariats in dieser Bewegung. Die opportunistischen Parteiführer à la Pyn Schu-tschü stellten sich den revolutionären Prozeß folgendermaßen vor: zuerst findet die „rein“ nationale Revolution statt, und nachher die soziale. In der ersten ist es notwendig, die Bourgeoisie zu unterstützen, ist eine nationalrevolutionäre Einheitsfront um jeden Preis vonnöten. Von dieser trotzkistischen Trennung der beiden Aufgaben der chinesischen Revolution ausgehend, hemmte die Zentrale der KP Chinas den Klassenkampf in Stadt und Land, indem sie ihn für die folgende Etappe „aufsparte“; eben davon ausgehend, daß die Revolution, die die sozialen Probleme lösen soll, Zukunftsmusik sei, war die Zentrale der KP Chinas bestrebt, die Entwicklung der Agrarrevolution auf dem flachen Lande einzudämmen.

In der ersten Revolution ist angeblich die Bourgeoisie die herrschende Klasse; sie bildet ihre bürgerlich-demokratische Regierung. Die Kommunisten müssen sich abseits halten, sie dürfen nicht an der Regierung teilnehmen, weil sonst die kommunistischen Prinzipien besudelt würden. Pyn Schu-tschü beispielsweise war der Meinung, daß die demokratische Diktatur ein innerlich widerspruchsvoller Begriff sei, weil nur eine bürgerliche oder eine proletarische Diktatur möglich sei. Pyn Schu-tschü wußte anscheinend nicht, daß er alte trotzkistische Gedankengänge wiederholte. Genosse Trotzki bewies noch im Jahre 1906,

„es konnte keine Rede sein von irgendeiner besonderen Form der proletarischen Diktatur in einer bürgerlichen Revolution, nämlich von einer demokratischen Diktatur des Proletariats (oder des Proletariats und der Bauernschaft).“ (Gesperrt von uns. Siehe „Ergebnisse und Perspektiven“, S. 49.)

Aus eben diesem Grunde war die Zentrale der KP Chinas der Ansicht, daß bis zu einer neuen (d. h. sozialen) Revolution die KP nicht an der Regierung teilnehmen dürfe*. Die Zentrale der KP Chinas betrachtete die Beteiligung an der Regierung als eine Kapitulation vor der rechten Kuomintang. Dadurch, daß die Zentrale der KP Chinas die chinesische Revolution durch die trotzkistische Brille betrachtete, bewertete sie den Eintritt in die Kanton-Wuhan-Regierung ungefähr so, wie seinerzeit die Menschewiki und Trotzki (die Lenin als Jaurèsisten brandmarkten, weil er die Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Regierung befürwortete, in der die Mehrheit in den Händen der revolutionären bürgerlichen Demokratie sein wird).

Da die Zentrale der KP Chinas die chinesische Revolution durch die trotzkistische Brille betrachtete, war sie der Ansicht, die einzig richtige Linie sei die Linie „v o n u n t e n h e r“, nur die Linie des D r u c k e s sowohl auf die zentrale wie auf die lokale Regierung. Aus eben diesem Grunde untersagte die Zentrale den Parteimitgliedern die Annahme von Verwaltungsposten und sie motivierte ihre Stellungnahme damit, daß die KP nicht die Verantwortung für die Macht übernehmen könne, daß die kommunistischen Verwaltungsbeamten sich wandeln und von den Massen loslösen würden. Die Zentrale der KP Chinas versteckte sich hinter typisch trotzkistischen Phrasen und verzichtete also auf den Kampf um die Hegemonie, auf den Kampf um die Verwandlung der Wuhaner Regierung in ein Organ der demokratischen Diktatur, auf den Kampf um die Eroberung des lokalen Machtapparates. Die opportunistische Kapitulationslinie des Verzichtes auf eine Beteiligung an der Regierung verbarg sich hinter der linken trotzkistischen Phrase von der Kapitulationspolitik der Beteiligung an der Regierung.

Nach den Beschlüssen des 7. Plenums war die Zentrale der KP Chinas genötigt, ihre Linie auszugleichen. Die Zentrale entsandte zwei ihrer Mit-

* In der Broschüre Tsi Tsi-bos findet sich in bezug darauf folgende interessante Bemerkung: „Zweitens gab es in der Partei eine andere Strömung, deren Begründer Pyn war; sie hielt sich für die orthodoxe Verfechterin der Diktatur gegen jedwede Demokratie. Deshalb wollte, obwohl es im Programmwurf hieß, das Ziel der gegenwärtigen Revolution sei die Schaffung einer wirklichen Volksherrschaft, die Mehrheit der Genossen faktisch nichts von der Demokratie wissen, weil sie sich „gerade auf die zukünftige Revolution vorbereite.“

glieder in die Regierung, die Zentrale begann auch in der Agrarfrage sich zu regen. Aber die Linie des EKKI wurde nur formal übernommen. Die kommunistischen Regierungsmitglieder gebärdeten sich als Geiseln, als Opfer der Kapitulation vor den Rechten. Die Zentrale brachte die Agrarrevolution nur zögernd in Gang, da sie sich offenbar nicht ganz von ihrer Annahme der zwei Revolutionen freigemacht hatte.

*

Da die Zentrale der KP Chinas von dem Gedanken der zwei Revolutionen ausging, da sie also den Kampf gegen den Imperialismus um die nationale Befreiung des Landes mechanisch von dem Kampf um die Vernichtung der feudalen Ueberreste, um die soziale Befreiung trennte, verfiel sie in den gleichen Fehler, in den die trotzkistische Opposition verfallen war; sie verfiel immer wieder in die Gegenüberstellung der Klasseninteressen des Proletariats und der Interessen des Kampfes um die nationale Befreiung, in die Annahme einer zunftmäßigen Selbständigkeit der proletarischen Bewegung.

Diese Gegenüberstellungsmanie tritt klar in der Begründung des Verzichts auf die Beteiligung an der Regierung zutage, aber ihren deutlichsten Ausdruck fand sie in der Frage des Verhältnisses zur Kuomintang. Das EKKI war, wie wir gesehen haben, der Meinung, daß der Weg zur Hegemonie des Proletariats in der Revolution über die Eroberung* der führenden Rolle innerhalb der Kuomintang führt, die in eine vielmillionenköpfige Massenorganisation, in ein eigenartiges Parlament verwandelt werden soll. Die KP als die Partei des Proletariats, darf sich nicht von den kleinbürgerlichen Massen isolieren, sondern soll gegen die Bourgeoisie, um die in der Kuomintang organisierten Massen kämpfen.

Die führenden Kreise der KP nahmen in dieser Frage die ganze Zeit nicht eine leninistische, sondern eine trotzkistische Position ein. Lange Zeit waren sie überhaupt gegen jede Beteiligung an der Kuomintang, insbesondere im Sommer 1926. Pyn Schu-tshi und seine Anhänger (etwa unsere Opposition) befürworteten den Austritt aus der Kuomintang.

Die Abneigung, der Kuomintang anzugehören und späterhin der Wunsch aus der Kuomintang auszutreten, wurde damit begründet, daß die Kuomintang eine von der Bourgeoisie geleitete Partei der nationalen Revolution sei, und daß eine proletarische Partei dort nichts zu suchen habe. Sogar nachdem die KP Chinas (auf Veranlassung des damals vom Genossen Sinowjew geleiteten EKKI) in die Kuomintang eingetreten war, war die Zentrale eine Zeitlang gegen die Hinzuziehung von Industriearbeitern zur Kuomintang, weil sie annahm, daß die Proletarier nicht in der kleinbürgerlichen Masse aufgelöst werden dürfen. Ist diese Beweisführung nicht klassisch trotzkistisch? Die Zentrale der KP Chinas sah, wie unsere Opposition, die Selbständigkeit unserer Partei als ihre Isoliertheit von dem kleinbürgerlichen Bundesgenossen an. Der Genosse Tsi Tsi-bo war sehr im Recht, als er schrieb:

„Wie kleine Kinder liebäugelten wir damals mit den Linken, indem wir abseits standen, Kritik übten, um uns unsere sogenannte „Selbständigkeit“ zu sichern, ohne jedoch aktiv den linken Flügel anzu-

* Diese Eroberung wird selbstverständlich von der Entfesselung der Agrarrevolution, der Bewaffnung der Massen, der Agitation im Heere usw. begleitet.

führen, ohne dem linken Flügel Massen zuzuführen. Wir wollten nur irgendeine Freiheit erlangen, aber wir verfolgten nicht das klare Ziel: die Teilnahme der Arbeiter an der politischen Macht.“ (Gesperret von uns.)

Der Zentrale der KP Chinas, wie auch unserer Opposition, erschien es, daß die selbständige Linie der KP nur außerhalb der Kuomintang gewahrt bleiben könne, und daß sie verloren gehen werde, sobald die Partei zur Kuomintang gehören wird. Sie hielt es für eine Selbstverständlichkeit, daß die KP, wenn sie in der Kuomintang verbleibt, sich unterwerfen und vor der bürgerlich-intellektuellen Spitze kapitulieren müsse. Wie der EKKI-Vertreter in seiner Rede in der Versammlung der Zelle der KPSU in Hankau richtig gesagt hat, kannte die Zentrale nur zwei Möglichkeiten: entweder Kapitulation innerhalb der Kuomintang oder Bruch mit der Kuomintang*. War aber die Fragestellung unserer Opposition eine andere? Ist die Fragestellung Radeks in seiner Broschüre „Der Verrat der Großbourgeoisie usw.“ nicht eine ähnliche?

„Es kam der Augenblick (nach dem März 1926. — N.L.), wo Beschlüsse gefaßt werden mußten: ob die KP Chinas in der Kuomintang bleiben und sich den Vertretern der Großbourgeoisie unterwerfen solle, die den Verzicht auf eine selbständige Politik fordern und bemüht sind, die KP in ein Instrument ihrer bürgerlichen Politik zu verwandeln, oder ob sie aus der Kuomintang-Organisation austreten und den Versuch machen solle, durch Verteidigung der Interessen nicht allein des Proletariats, sondern auch der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie das Vertrauen der Kuomintang zu gewinnen und sie dem Einfluß der Großbourgeoisie zu entziehen.“

Auch Radek sah also nicht die dritte These.

Wenn man sieht, wie die Linie des opportunistischen Teiles der Zentrale der KP Chinas und unserer Opposition bis in Kleinigkeiten hinein analog verläuft, dann wird das heiße Bemühen dieser letzteren, zu beweisen, daß das EKKI an der opportunistischen Linie der Zentrale der KP Chinas die Schuld trage, geradezu eine Lächerlichkeit.

Die Politik der Kapitulation vor der bürgerlich-intellektuellen Spitze der Kuomintang wurde von der Zentrale der KP Chinas gerade deshalb betrieben, weil sie (wie unsere Opposition auch) nicht begriff, daß das Verbleiben in der Kuomintang von dem Kampf um die Eroberung der führenden Rolle in der Kuomintang begleitet sein muß. Die Politik der Kapitulation vor der bürgerlich-intellektuellen Spitze der Kuomintang wurde deshalb betrieben, weil die Zentrale der KP Chinas die Interessen des Proletariats den Interessen der nationalen Revolution entgegenstellte, weil sie die Kuomintang als eine von der Bourgeoisie geleitete Partei der nationalen Revolution betrachtete. Die Zentrale der KP Chinas betrachtete die Kuomintang durch die trotzkistische Brille; sie war der Ansicht, daß die Kuomintang die Aufgabe hatte, eine einzige Revolution durchzuführen; sie begriff nicht, daß die Kuomintang die Blockpartei des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie ist, der Block, der für die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen des Militarismus und des Imperialismus kämpft, und nicht eine nationale Freiheitspartei, die um die Zollautonomie kämpft. Deshalb übersah die Zentrale der KP Chinas die Aufgabe, die

* In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Passus lassen wir hier das genaue Zitat aus der Niederschrift des Referats folgen: „In der KP Chinas gibt es nur zwei Thesen — entweder wir kapitulieren vor der Kleinbourgeoisie, oder wir brechen mit ihr. Sie begreifen, daß man auch eine dritte These haben kann, d. h. daß man mit der Kleinbourgeoisie zusammen arbeiten kann, indem man ihr Führer bleibt.“

Kuomintang in eine vielmillionenköpfige Massenorganisation des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie, in ein Organ der demokratischen Diktatur zu verwandeln.

Nicht der Geist der Komintern und des Leninismus, sondern der Geist der trotzkistischen Opposition schwebte über der Zentrale der KP Chinas, als sie der Evolution der Kuomintang passiv zusah. Daß die Zentrale der KP Chinas in bezug auf die Kuomintang nicht die Linie der Komintern, sondern die menschewistische Linie durchführte, erkannten auch manche Genossen in der Zentrale selbst. Genosse Tsi Tsi-bo beispielsweise schreibt:

„Gleichzeitig bestand die Fehlerhaftigkeit unserer Taktik auch darin, daß wir die selbständigen Klasseninteressen des Proletariats den Interessen der chinesischen Nation entgegenstellten, als sähen wir von vornherein in der nationalen Bourgeoisie die Vertreterin der Nation, als müßte eben die Bourgeoisie die Führerin der Kuomintang sein, und als könnte das chinesische Proletariat in der nationalen Revolution nur die extreme linke Opposition darstellen.“ — „Seine Vertreter dürfen nicht die führende Arbeit in der Kuomintang beanspruchen. Alles das macht sich bemerkbar in dem Kampfe gegen die sogenannte Monopolisierung der Kuomintang durch die Kommunisten. Davon ausgehend, nahmen wir immer in bezug auf die Kuomintang eine Verteidigungsstellung ein, d. h. das Proletariat verzichtete auf die Führung der Bauernnation, um die Interessen der ungeheuren Volksmassen Chinas den alleinigen Interessen der chinesischen Bourgeoisie entgegenzustellen. Das ist der wahre menschewistische Opportunismus.“

Der trotzkistische, opportunistische Geist schwebte über der Zentrale, als sie ihre Linie sowohl in bezug auf das Heer als auch in bezug auf die Politik der Bewaffnung der Massen festlegte. Da die Zentrale die Revolution als eine nationale (in der opportunistischen Auffassung dieses Begriffs) ansah, deren Anführerin notwendigerweise die Bourgeoisie sein müsse, setzte sie sich weder die Bewaffnung der Massen noch die Eroberung des Heeres zum Ziel. Pyn Schu-tshi sah, wie Genosse Trotzki z. B. die Nordexpedition als eine Angelegenheit der Bourgeoisie an. Die führenden Kreise der KP Chinas betrachteten die Kantonarmee als ein Söldnerheer der Bourgeoisie und waren deshalb der Ansicht, daß weder ihre Durchsetzung mit Freiwilligen noch ihre Beeinflussung durch Kommunisten zu wünschen sei. Als beispielsweise Tan Schen-tshi sich an den Hunaner Parteiausschuß mit dem Vorschlag wandte, in seine Armee bäuerliche Freiwillige aus den Mitgliedern der Bauernbünde (d. h. aus dem fortgeschrittensten Teil der Bauernschaft) einzureihen, wies der Hunaner Ausschuß diesen Vorschlag zurück.

Die Politik des Verzichts auf die Bewaffnung der Volksmassen, die Politik der zumftmäßigen Beschränktheit zeigte sich beispielsweise in dem Verzicht auf das Bestreben, bewaffnete Bauertrupps zu bilden, weil die Bauern angeblich keinen Grund hätten, sich zu bewaffnen; sie zeigte sich auch in der Forderung, die Arbeiterwehr Hankaus aufzulösen, da sie angeblich in ihrer Mehrheit aus Handwerksgesellen, aus kleinbürgerlichen Elementen bestehe. Die führenden Genossen verfolgten so konsequent die trotzkistische Linie, daß sie sich nur zur Bildung einer rein proletarischen Wehr entschlossen. Die Schaffung von bewaffneten Formationen, in denen neben den Industriearbeitern auch Handwerksgesellen, Handwerker und andere Elemente der

städtischen Armut vertreten wären, hielten sie für eine Auflösung im kleinbürgerlichen Meere, für den Verlust der Selbständigkeit des Proletariats.

Man kann sich kaum eine treffendere (mit „oppositionellem Pinsel“ gemalte) Karikatur auf den Leninismus vorstellen. In China, wo es nicht mehr als zwei bis drei Millionen Industriearbeiter gibt, wo die Mehrheit dieser Arbeiter von Wuhan abgeschnitten war, auf die Bewaffnung der Bauernschaft, der Stadtarmut zu verzichten, von der Bildung solcher Trupps abzusehen, in denen die Industriearbeiter den grundlegenden Kern (nicht nur den Kern) darstellen würden, hieß mit eigenen Händen den Sieg der Bourgeoisie vorbereiten, hieß sich selbst den Weg zur Eroberung der Hegemonie in der revolutionären Bewegung abschneiden.

Diese vom Standpunkt des Leninismus sinnlose Politik war nichtsdestoweniger in ihrer Art für die Zentrale der KP Chinas folgerichtig, die die Revolution durch die trotzkistische Brille betrachtete. Da einmal die Kantonarmee für den bürgerlichen Zusammenschluß Chinas kämpft (es wird jedoch vergessen, daß sie objektiv die Agrarrevolution und die städtische Massenbewegung entfaltet), da einmal gegenwärtig nur die nationale Revolution vor sich geht (es wird vergessen, daß eine wirklich nationale Revolution unweigerlich zu einer Revolution gegen die Gutsbesitzer, Wucherer und Militaristen werden muß), eine Revolution, die von der Bourgeoisie angeführt wird (es wird vergessen, daß in einer wahrhaft nationalen Revolution die Bourgeoisie nur in einem gewissen Stadium eine Triebkraft, nicht aber eine konsequente Führerin sein kann) so besteht weder eine Notwendigkeit, noch eine Möglichkeit, das alte Heer zu erobern und umzuerziehen, so besteht weder eine Notwendigkeit und Möglichkeit, ein neues bewaffnetes Volksheer zu bilden. Wozu also Formationen der Bauern, der städtischen Kleinbourgeoisie schaffen; noch mehr, wozu die „reinen“, an den bürgerlich-demokratischen Vorurteilen unbeteiligten (wie in solchen Fällen Lenin zu sagen pflegte) Arbeitertrupps darin auflösen? So sah in der Praxis die trotzkistische, opportunistische Theorie aus.

Wir betrachteten die grundlegenden Probleme — die Frage der Agrarrevolution der Beteiligung an der Regierung, der Arbeit in der Kuomintang, der Arbeit im Heere und der Bewaffnung der Massen. Wir sehen, daß der ideologische Quell der opportunistischen Fehler der KP Chinas in der falschen (der trotzkistischen Opposition sich nähernden) Bewertung des Charakters der chinesischen Revolution bestand, einer Bewertung, die mechanisch den Kampf um die soziale Befreiung der werktätigen Massen von dem Kampf um die nationale Befreiung des Landes trennt, die diesen letzteren als eine Angelegenheit der Bourgeoisie ansieht, die die Klasseninteressen des Proletariats den Interessen der nationalen Revolution entgegensetzt. Aus eben diesem Grunde war Genosse Tsi Tsi-bo ausgesprochen im Recht als er schrieb:

„In der KP Chinas bestehen Gruppierungen, besteht ein Opportunismus, und zwar ein Opportunismus, der einen Trotzkismus von chinesischer Abart darstellt.“

HERMANN REMMELE :

DER JULIAUFSTAND DES WIENER PROLETARIATS*)

Das „Wirtschaftsprogramm“ Seipels enthielt die folgenden Forderungen:

a) Für die Industrie: 1. Abschaffung des Achtstundentages; 2. Abschaffung der Schutzbestimmungen bei Aufnahme und Entlassung von Angestellten; 3. Abschaffung des Betriebsrätegesetzes; 4. weitgehendste Ermäßigung der „sozialen Lasten“; 5. Abbau der Arbeitslosenversicherung; 6. Abschaffung des Mieterschutzes.

b) Für die Landwirtschaft: 1. Erhöhung der Einfuhrzölle für Getreide, Fleisch, Mehl und sonstige landwirtschaftliche Produkte; 2. Vieheinfuhrverbot; 3. Prämien für Getreide- und Viehausfuhr; 4. steuerliche Entlastung des Grundbesitzes.

Dieses Programm, das die Arbeiterschaft Oesterreichs vollkommen versklaven und endgültig dem Hungerdasein überliefern soll, kann erst durchgeführt werden, wenn der Widerstand der Arbeiterklasse gebrochen ist. Wie die Regierung und die Industriellen vorgehen, um dieses Ziel zu erreichen, ist interessant genug, um es mit einigen Beispielen zu belegen.

In der größten Maschinenfabrik in Wien, Wachalowsky, deren Belegschaft seit Jahren in der vordersten Reihe der Wiener Arbeiterbewegung steht, ist der Einfluß der Kommunisten am stärksten: bei allen Betriebsratswahlen siegte seit Jahren stets die kommunistische Liste. Infolge dieses Einflusses bestanden auch bei Wachalowsky die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen von allen Wiener Betrieben. Dieser Betrieb war den Unternehmern, der Gewerkschaftsbürokratie und den sozialdemokratischen Führern ein Dorn im Auge. Es war der ständige Gedanke der Austromarxisten: wenn wir den Wachalowsky-Betrieb geschlagen haben, sind die Kommunisten in Wien vernichtet.

In diesem Jahre ging der Betrieb in den Besitz der Bodenkreditanstalt über, eines Bankunternehmens, das seine Anweisungen von Seipel erhält. Sofort begann diese Bank die Aufträge des Wachalowsky-Betriebes auf die Steg (Steierische Eisenwerk-Gesellschaft) überzuleiten. Um diesem Manöver des Unternehmens entgegenzuwirken, wandte sich der Betriebsrat von Wachalowsky an den Betriebsrat der Steg, um zu erreichen, daß die Lohnsätze und die Akkorde für die Arbeiter in beiden Betrieben auf die gleiche Höhe gebracht werden. Diese Bemühungen des Betriebsrats von Wachalowsky mißlangen, da der sozialdemokratische Betriebsrat der Steg auf Veranlassung der Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratischen Führer sich weigerte, mit dem kommunistischen Betriebsrat von Wachalowsky zu verhandeln, trotzdem beide Belegschaften der gleichen Gewerkschaftsorganisation angehören und beide Betriebsräte Funktionäre derselben Gewerkschaft sind. So arbeiteten die Regierung Seipel, die Bodenkreditanstalt (Bankkapital), die Gewerkschaftsbürokratie und die Sozialdemokratie einträchtig zusammen, um den Wachalowsky-Betrieb stillzulegen und einige tausend

* Schluß des Artikels in den Heften Nr. 31 und 32 dieser Zeitschrift.

Arbeiter auf die Straße zu werfen, nur um die Kommunisten in Wien zu erledigen!

Die „Neue Freie Presse“, das Wiener Industriellen-Organ, hat auch ausgeplaudert, um was es bei der Stilllegung des Wachalowsky-Betriebes ging:

„Aber ein schweres Gebrechen machte sich geltend: die Arbeiter waren radikal, die kommunistische Keimzelle befand sich bei Wachalowsky und vielleicht war dies der Grund für den Versuch, andere Werke für Aufträge im Inland zu begünstigen.“

Wie die sozialdemokratischen Führer gegen die Belegschaft von Wachalowsky bei den Industriellen hetzten, geht daraus hervor, daß der Direktor Haider von Wachalowsky vor den Gewerkschaftsvertrauensleuten, die die Lage des Betriebes besprachen, erklärte:

„Eine führende Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei hat mir gegenüber seine Verwunderung ausgedrückt, warum die neue Geschirrfabrik gebaut worden ist, da ja in Anbetracht der hohen (!) Wiener Löhne die Produktion im Ausland den Unternehmern billiger käme.“

So arbeitet die sozialdemokratische Führerschaft der Unternehmeroffensive in die Hände, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen. Die Austromarxisten sind eben genau so wie alle Sektionen der II. Internationale für den kapitalistischen Wiederaufbau.

Bald nach den Konferenzen der „Stände“ begann die Seipel-Regierung auch ihr Agrarprogramm zu verwirklichen. Das erste war eine neue Zollvorlage, die die Erhöhung der Agrarzölle zum Ziele hatte. Diese Zollvorlage mußte wegen der Parlamentswahlen zurückgestellt werden, denn auch in den breiten Kleinbürgergeschichten, die die Christlichsozialen als Stimmenanhang benötigen, sind Lebensmittelszölle nicht beliebt. So ist diese Zollvorlage bis heute noch nicht erledigt. Dagegen verstand es die Seipel-Regierung, die erhöhten Zölle auf Umwegen, über einen neuen Handelsvertrag mit Ungarn durchzusetzen. Natürlich muß auch dieser Handelsvertrag vom Parlament beschlossen werden, aber die Seipel-Regierung spekuliert darauf, daß die Berufung auf die Gegenseitigkeit mit einem anderen Staate, die „außerpolitischen Gründe“, den Widerstand gegen diese Form der Erhöhung der Zölle abschwächen wird.

Die neuen Zölle, wie sie im Handelsvertrag mit Ungarn vorgesehen sind, sehen eine Erhöhung des Mehlzolls um 7,63 Schilling und des Getreidezolls um 2,20 Schilling pro Meterzentner vor. Diese neuen Zollsätze erhöhen den Mehlpreis um 8 Groschen pro Kilo und den Brotpreis um 15 Groschen pro Laib. Die Zollsätze für Vieh und Fleisch sollen durch einen weiteren Vertrag festgesetzt werden, über den man sich bereits darin einig ist, daß er eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Tarife bringen soll. Diese Erhöhung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel, die Oesterreich vom Ausland einführen muß — die Eigenproduktion deckt nur 60 Prozent des Bedarfs — erhöht ganz automatisch die Preise aller Massenkonsumartikel und bedeutet eine wesentliche Verteuerung des Lebensunterhaltes aller Arbeiterschichten.

Auch beim Zollwucher steht die Sozialdemokratie nicht auf einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt. Sie wendet sich nur gegen die Höhe der Zölle, während sie grundsätzlich mit einer allgemeinen Erhöhung der Agrarzölle einverstanden ist. Die „Arbeiterzeitung“ vom 10. Juli schreibt zu den Zollerhöhungen:

„Eben dieses Ziel wäre unzweifelhaft auch mit einem Mehlszoll von drei Goldkronen, also mit einer wesentlich kleineren Verteuerung erreicht worden.“

Die christlich-sozialen Junker und die Sozialdemokraten — Seipel und Otto Bauer — sind sich also einig, daß dem „notleidenden“ Großgrundbesitz auf Kosten der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums geholfen werden muß. Auch das zeigt, daß die österreichische Sozialdemokratie, genau so wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien, mit den Feinden des Proletariats derart verbunden ist und in allen Lebensfragen der Arbeiterklasse so entschieden auf der Seite der Ausbeuter und Unterdrücker des Proletariats steht, daß das österreichische Proletariat nicht einmal den allereinfachsten Tageskampf zur Verteidigung seiner nackten Lebensinteressen führen kann, wenn es sich nicht von der sozialdemokratischen Führung befreit.

*

So war die ökonomische, soziale und politische Lage in Oesterreich bis zum Vorabend des Juliaufstandes des Wiener Proletariats. Es bleibt nur übrig, auf die Tätigkeit und den Kampf unserer kleinen, aber tapfer und mit zäher Ausdauer kämpfenden **K o m m u n i s t i s c h e n P a r t e i** einzugehen.

Die ganze bürgerliche Presse der Welt, und am lautesten die sozialdemokratische, schreit und zetert über den „Kommunistenputsch“ in Wien. Die Gefängnisse und Polizeiwachen sind überfüllt mit verhafteten Kommunisten, eine ganze Armee der Polizei und Gendarmerie mit ihren Spitzeln jagt landauf, landab hinter den kommunistisch verdächtigen Arbeitern her. Eine Schlammflut von Verleumdungen und Lügen über die „Schandtaten“ der Kommunisten wälzt sich durch das Land und überschwemmt selbst das Ausland. Wo aber die ganze kapitalistische Welt und ihre Trabanten die Kommunisten hetzen und verfolgen, anklagen und bespucken, da dürfen auch jene „linken“ Renegaten, die sich „orthodoxe Marxisten-Leninisten“ nennen, nicht fehlen. Nachdem „Die Fahne zur Verleumdung des Kommunismus“ entdeckt hatte, daß ein Aufstand des Proletariats ohne Führung durch eine Kommunistische Partei keine Aussicht auf Erfolg hat, womit jeder Kommunist einverstanden ist, verleumdete sie unsere österreichische Partei dahin, daß sie der Bewegung der Arbeiter kein Ziel gegeben habe, und tischte noch andere Albernheiten auf. Die Komintern ist — natürlich — schuld, daß

„eine solche Partei in Oesterreich fehlt! Eine solche Partei fehlt leider, seitdem durch den jetzt in der Komintern herrschenden Kurs die früheren Ansätze zu kommunistischen Parteien zerschlagen worden sind.“

Das ist die Rache der Ruth Fischer dafür, daß sie von den Wiener Kommunisten, die sie richtig erkannt hatten, beizeiten vor die Tür gesetzt wurde. Die Wut und die Rache der konterrevolutionären Meute von Seipel bis Seitz, von Stampfer bis Ruth Fischer beweist nur, wie richtig unsere österreichische Partei gehandelt hat.

Die kleine KPOe stand mitten in der gewerkschaftlich und politisch bestorganisierten Arbeiterklasse, die ein kapitalistisches Land aufzuweisen hat, mit einer verschwindend geringen Anhängerzahl auf dem Posten. Den 570 324 organisierten Sozialdemokraten standen 5500 Kommunisten bei 896 763 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gegenüber. Bei den Parla-

mentswahlen im April dieses Jahres erhielten die Sozialdemokraten mit 1,5 Millionen 45 Prozent aller abgegebenen Stimmen, die Kommunistische Partei dagegen nur 17 000 Stimmen.

Trotz aller Mißerfolge hat sich unter diesen Verhältnissen eine harte und ideologisch geschulte Kämpferschar herausgebildet. Bezeichnend für diese kleine Partei ist, daß alle jene Intellektuellen und Halbtellektuellen, die nur in einer „großen Gefolgschaft“ eine „glänzende Führerrolle“ zu spielen gewillt sind, im Laufe der Jahre ganz abgesprungen sind und so in der Partei fast ausschließlich Arbeiter übrigblieben. So ist heute die KPÖ die proletarischste von allen Arbeiterparteien. Die jetzige Führung der Partei verstand es, die ökonomischen, sozialen und politischen Zustände in Oesterreich richtig zu analysieren, so daß sie vom Gang der Ereignisse nicht über-rumpelt wurde und dem Proletariat den richtigen Weg zeigen konnte. Das Zentralorgan der Partei, die Wiener „Rote Fahne“, hat aus den gesamten österreichischen Verhältnissen heraus, aus den Rüstungen der Seipel-Regierung, aus den fortgesetzten Provokationen des österreichischen Proletariats und aus den konterrevolutionären Plänen und der bewaffneten Rüstung zur Erzwingung der zweiten „Sanierung“ den unvermeidlichen blutigen Zusammenstoß richtig vorausgesagt. Das war eine um so bemerkens-wertere Leistung, als diese Analyse „mitten im tiefsten Frieden“, d. h. in einer vollkommen anders gearteten internationalen Lage gefunden wurde.

Auf dem Parteitag, der im Juni, also wenige Wochen vor dem Juli-Aufstand und nach der Parlamentswahl vom April, stattfand, bestätigte die Gesamtpartei die Politik und die politische Analyse, wie sie vom Zentralkomitee seit Januar-Februar feltgelegt wurde. Die Partei hatte richtig vorausgesehen, daß dieselben Arbeiter, die bei den Wahlen der revolutionären Klassenpartei fremd, ablehnend und teilweise feindselig gegenüberstanden, daß dieselben Arbeiter, die im April noch — im wortwörtlichen Sinne — ihren eigenen Schlächter Seitz gewählt hatten, einige Wochen später auf den Barrikaden kämpfen werden. Die KPÖ hat trotz aller „Mißerfolge“ keinen Augenblick an der revolutionären Kraft des österreichischen Proletariats gezweifelt.

Weder das Märchen eines Karl Renner von der „Wirtschaftsdemokratie“, mit der die Arbeiter durch das „glänzende Wachstum der Genossenschaften die kapitalistische Gesellschaftsordnung von innen ablösen“ werden, noch die Fabel des „roten Bürgermeisters“ Karl Seitz vom „roten Wien“, das den Sozialismus „schmerzlos“ bringt, noch die Rechenexempel eines Otto Bauer, der mit „den noch fehlenden“ 35 000 Stimmzetteln die Diktatur des Proletariats aufzurichten versprach, konnten die in kleinen Kadern zusammengehaltenen Kommunisten beirren. Wenn jetzt erst, nach dem Juli-Aufstand der Wiener Arbeiter, der Chefredakteur der sozialdemokratischen „Chem-nitzer Volksstimme“, Karl Boechel, in einem Artikel „Maschinengewehre“ und Stimmzettel“ entdeckt, daß die Maschinengewehre im Klassenkampfe „durchschlagendere Argumente“ sind als Stimmzettel, dann kommt diese Entdeckung entweder reichlich spät und auch da wohl nur deshalb, weil Chem-nitz im Moment weit vom Schusse liegt. Boechel schreibt seinen Wiener Freunden, den „Fanatikern der gewaltlosen Demokratie“, ins Stammbuch:

... . Wenn dieser Riese (das Proletariat) auf dem Felde der Demokratie einen Wahlsieg nach dem anderen an seine roten Fahnen heftet, wenn es sich, um mit Renner zu reden, um die letzten 7 Prozent handelt, dann entpuppt sich die bürger-

liche Demokratie als nacktste Machtform kapitalistischer Klassenherrschaft und spießt die letzten Mandate auf der Degenspitze auf. Ueberall zeigt die Entwicklung dieselben Vorgänge.“

So richtig diese Lehre aus den Wiener Ereignissen ist, so sehr ist dies doch erst die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte der Wiener Wahrheit ist doch die, daß der ebenso „linke“ Parteifreund des Herrn Boechel — Seitz — nicht nur die Stimmen zählte, sondern den Arbeitern, die ihn wählten, mindestens ebensoviele blaue Bohnen zurückzahlen ließ, als er von ihnen Stimmen erhalten hatte. Karl Seitz schenkte seinen Wählern nichts und ließ sich nichts schenken, er zahlte zwar in anderer, „sicherer Valuta“, aber er zahlte so, daß auch die fanatisiertesten seiner Anhänger begreifen mußten, daß Maschinengewehre durchschlagendere Beweiskräfte sind als Stimmzettel.

Die KPOe hat aber nicht nur die Lage in Oesterreich richtig analysiert, die richtigen Losungen angegeben und der Arbeiterklasse den richtigen Weg gezeigt, sondern sie hat auch die Methoden der Massenmobilisierung und Massenpropaganda gut angewendet. Trotz der Kleinheit der Partei ist der KPOe das Sektierertum vollkommen fremd geblieben. Wenn die KPOe trotzdem keine größeren Arbeitermassen gewinnen und fesseln konnte, so lag das einestheils in den besonderen Umständen, unter denen sich in Oesterreich die Klassenkräfte und die objektiv-revolutionären sozialen Erscheinungen entwickelten, andererseits an der besonderen Form und Kraft des Menschewismus, der in dieser Art nur auf dem besonderen österreichischen Boden entstehen und wachsen konnte.

Solange die Klassenkämpfe und die Klassenkräfte es zuließen, die unveröhnlichen Klassengegensätze durch Kompromisse zu überbrücken und solange sie, was in Oesterreich häufiger der Fall war, nicht zu Kämpfen führten, in denen eine klare unzweideutige Entscheidung erforderlich ist, verstand es der Austromarxismus immer, sein wahres Wesen vor den breiten Massen zu verhüllen. Die Austromarxisten stehen heute etwa dort, wo die deutschen Sozialdemokraten am Ausgang des Weltkrieges standen, als sich die Ebert und Dittmann „an die Spitze“ der Massenstreiks der deutschen Arbeiter stellten, nicht um dem kämpfenden Proletariat zu dienen, sondern um diese Kämpfe zu sabotieren, abzuwürgen und für die Bourgeoisie unschädlich zu machen. Die späteren Ebert-Prozesse haben das gerichtsnotorisch bewiesen. Der Schritt von dieser Position bis zum organisierten Arbeitermord und zur offenen Konterrevolution ist nur eine Frage der weiteren Entwicklung und Zuspitzung der Klassenkämpfe.

Die Grundeinstellung des österreichischen Proletariats ist trotz der Gefolgschaft, die es den Austromarxisten leistet, nicht minder revolutionärer als die des Proletariats in anderen Ländern. Ja, gerade seine stärkere und umfassendere Organisiertheit, seine mustergültige Disziplin, seine glänzenden Demonstrationen, das Paradiere mit ungezählten Massen, der ununterbrochene Zustrom neuer Massen, die ständige Vermehrung der Wählerstimmen usw. — das alles hat die große Mehrzahl der Arbeiter als die besondere und unbesiegbare Form revolutionärer Kraft angesehen. Schon vor dem Juli-Aufstand entstanden unter den sozialdemokratischen Arbeitern vereinzelt Zweifel an der Politik der Austromarxisten und gaben der kommunistischen Propaganda die Möglichkeit, Einfluß zu gewinnen.

Mit Geduld und zäher Ausdauer hat die kleine KPOe jede Möglichkeit und jede Situation ausgenützt, um an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen. So hat die KPOe ununterbrochen die Arbeiterklasse gewarnt und beschworen, aufgerufen und mobilisiert, um das äußerste, den endgültigen Sieg der Konterrevolution über das österreichische Proletariat, zu vereiteln. Die KPOe hat alles getan, was in ihren schwachen Kräften stand, um den revolutionären Kampf des österreichischen Proletariats zu organisieren und vorzubereiten.

Im Januar dieses Jahres bereitete das ZK der KPOe zu dem damals beabsichtigten Parteitag eine Resolution vor, der wir die folgenden Stellen entnehmen:

„C) Der Kampf des Proletariats gegen die
faschistische Gefahr.

Die revolutionäre Partei des Proletariats, die KPOe, hat die unmittelbare Aufgabe, die breitesten Arbeitermassen gegen die unmittelbar drohende Gefahr der faschistischen Konterrevolution mit allen Kräften zu mobilisieren. In den breitesten Massen muß die Agitation mit der bewußten Ueberzeugung begonnen werden, daß dem bewaffneten Faschismus die bewaffneten Kolonnen der Arbeiterklasse gegenübergestellt werden müssen. Aus diesem Grunde muß die Forderung erhoben werden, daß der republikanische Schutzbund so ausgebaut wird, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit aufgenommen werden, daß die Betriebsbelegschaften und die Gewerkschaften sich kooperativ dem Schutzbunde anschließen, der Schutzbund genau so wie die faschistischen Verbände bewaffnet wird, um so durch eine proletarische Wehrpflicht und die bewaffneten Formationen des Proletariats eine genügende Sicherheit für das österreichische Proletariat und seine Organisationen zu schaffen.“

An einer anderen Stelle der gleichen Resolution heißt es:

„Die Mobilisierung der Massen für eine bewaffnete Selbstschutzorganisation des Proletariats darf nicht losgelöst und isoliert von den Gesamtaufgaben des Proletariats im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals durchgeführt werden. Alle Probleme des Klassenkampfes gegen die Folgen der kapitalistischen Stabilisierung müssen in enger Verbindung mit der faschistischen Gefahr gestellt und die Notwendigkeit der bewaffneten Abwehrfront des Proletariats betont werden. Die faschistischen Banden der österreichischen Bourgeoisie sind ein Organ der kapitalistischen Offensive, geschaffen zu dem Zwecke, den ökonomischen und politischen Widerstand des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive mit bewaffneter Hand zu brechen. Aus diesem Grunde darf der bewaffnete Faschismus nicht als eine „Sache an sich“, sondern nur in Verbindung mit dem Gesamtkampfe des Proletariats gegen die Folgen der kapitalistischen Stabilisierung angesehen werden.“

Wie richtig die österreichischen Kommunisten die Lage in Oesterreich in Verbindung mit den internationalen Fragen beurteilt haben, geht aus der folgenden Stelle der gleichen Resolution hervor:

„Die konterrevolutionären Rüstungen der faschistischen Verbände, in Verbindung mit der Propaganda der Christlichsozialen unter Führung der Seipel-Regierung für eine Donaumonarchie, und im Hinblick auf die Zusammenarbeit der süd- und südosteuropäischen Konterrevolution vom faschistischen Italien und dem reaktionär-klerikalen Bayern im Westen und Südwesten Oesterreichs, bis zu den weißen Terrorländern Horthy-Ungarn, Rumänien und Jugoslawien im Osten und im Südosten Oesterreichs, die unter dem Einfluß des englischen Imperialismus immer mehr ein gefügiges Kriegsinstrument gegen den ersten Arbeiterstaat Sowjetrußland werden, bedrohen das österreichische Proletariat mehr, als die Arbeiterklasse in anderen Ländern. Aus diesem Grunde muß gerade das österreichische Proletariat die Offensive ergreifen, um den Widerstand zu organisieren, der der konterrevolutionären Gefahr, die dem Proletariat von innen und außen droht, entgegengesetzt werden muß.“

Diese klare und sichere Orientierung, die sich unsere österreichische Partei rechtzeitig geschaffen hatte, gaben ihr dann, als die Stürme über die österreichischen Arbeiter hereinbrachen, die Möglichkeit, den richtigen Weg und die zutreffenden Losungen zu finden. Sehen wir uns die Dokumente der Partei aus dem Kampfe selbst an. Am 30. Januar ereignete sich der Schattendorfer Mord. Am 1. Februar veröffentlichte das ZK der Partei in der „Roten Fahne“ einen Aufruf, in dem es u. a. hieß:

„Was ist sofort zu tun? Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen (Frontkämpfer, Hakenkreuzler, Heimwehren usw.) unter Kontrolle der Arbeiterschaft! Sofortiges Verbot aller faschistischen Zeitungen! Sofortige Verhaftung und Aburteilung aller mitschuldigen Privat- und Amtspersonen! Bewaffnung der Arbeiter in den Betrieben, unter Leitung der Betriebsräte und in Verbindung mit dem Schutzbund! Kein uniformierter Faschist darf sich in Zukunft auf der Straße blicken lassen! Jedwede Versammlung der Faschisten muß von den Arbeitern unter Führung von proletarischen Einheitskomitees auseinandergejagt werden. . . .

Wenn die Regierung die faschistischen Organisationen nicht sofort aus den staatlichen Gebäuden hinauswirft, dann müssen es die Arbeiter selbst besorgen! . . .

Schluß mit der verderblichen Passivität, mit dem ständigen Bremsen der Schutzbundleitung! Nicht mehr „Gewehr bei Fuß!“, sondern heraus zu entschlossener sofortiger Aktivität! . . .

Zusammentritt einer Konferenz aller Betriebsräte in Wien und den anderen Arbeiterstädten, die alle weiteren Abwehraktionen beraten, beschließen und überwachen soll! . . .

Die Gewerkschaften müssen sofort Einheitsdemonstrationen im ganzen Lande während der Arbeitszeit organisieren. . . .

Weg mit der Frontkämpferregierung! Auflösung des Schandparlaments! Kein Bremsen mehr! Entschlossener Massenkampf gegen die Arbeitermörder!“

Trotz der ungeheuren Erregung der Arbeiterschaft und der spontanen Einstellung der Arbeit in den Betrieben hatte die „Arbeiterzeitung“ nichts zu sagen als:

„Die Mörderbande muß gefaßt werden, die burgenländischen Mordorganisationen der Frontkämpfer müssen sofort aufgelöst werden, . . . hinein in den republikanischen Schutzbund!“

Das waren die einzigen Töne, die die Sozialdemokraten angesichts der faschistischen Verbrechen zur Organisation der Abwehr von sich gaben. Sie forderten aber im gleichen Atemzug auf, sich zu keinen „unüberlegten Handlungen“ hinreißen zu lassen und sich bereit zu halten, um die „weiteren Losungen“ zu befolgen, aber die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen. Die weitere Losung war der viertelstündige Generalstreik, dann war für die Sozialdemokratie alles aus und vorbei. Mit Ausnahme der Ausnutzung des Schattendorfer Mordes in der Wahlbewegung im April, erinnerten sich die Austromarxisten erst im Juli-Aufstand an die besonders zugespitzten Klassenverhältnisse in Oesterreich.

Die KPOe hatte schon vor den Schattendorfer Ereignissen im ganzen Lande eine Kampagne gegen die zweite Seipel-Sanierung und die faschistischen Rüstungen eingeleitet. Die Schattendorfer Ereignisse gaben der Partei Gelegenheit, an breitere Arbeitermassen heranzukommen, und in der Aktion ergab sich von selbst die Notwendigkeit, die Forderungen der Arbeiter, die jetzt aus der Bewegung herauswuchsen, zu formulieren und zu systematisieren. Es ist sehr interessant zu verfolgen, wie die Forderungen der

Arbeiter in den Betrieben durch Dutzende von Resolutionen und Anträgen, von der Partei in ein System gebracht, wieder zurückdrängen in immer weitere Betriebe und endlich von Belegschaften aufgenommen werden, in denen sich weder Kommunisten befinden noch je ein kommunistischer Redner zugelassen wurde. Selbst sozialdemokratische Funktionäre und Vertrauensleute mußten in diesen Versammlungen die Forderungen der Kommunisten vertreten.

Am 3. Februar fand im Festsaal des Wiener Rathauses eine von der Ortsleitung der KP einberufene öffentliche Versammlung statt, die von über 3000 Arbeitern besucht war und eine Resolution annahm, in der es unter anderem hieß:

„HERAUS ZUM EINHEITLICHEN MASSENKAMPF!“

„Die Forderungen des Proletariats.“

„Der Arbeitermord in Schattendorf ist ein Glied in der langen Kette der allgemeinen politischen Verbrechen, die die herrschende Bourgeoisie im Bestreben ihrer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung unter der Leitung der Christlichsozialen Partei und der Seipel-Regierung gegen die Arbeiterklasse fortgesetzt unternimmt.“

Hierauf folgen die Forderungen des Proletariats wie folgt:

„Die Versammlung spricht aus: Die geschlossen aufmarschierte Konterrevolution und die damit dem Proletariat drohenden Gefahren können nicht abgewehrt werden mittels des Stimmzettels, der Erreichung hoher Wahlziffern, wie es die Sozialdemokratie mit dem „Tag der Abrechnung“ ankündigt, sondern die Abwehr des Proletariats kann nur geschehen mittels der geschlossenen Einheitsfront des Proletariats und des revolutionären, außerparlamentarischen Klassenkampfes.

Die Versammlung fordert daher:

Die geschlossene Einheitsfront aller Arbeitenden in Stadt und Land zu gemeinsamen Aktionen gegen Arbeitermord, gegen zweite „Sanierung“, gegen die Habsburger Restauration und gegen die Kriegsgefahr. Sofortige Einberufung von Belegschaftsversammlungen und Betriebsrätekonferenzen und Organisation von örtlichen Delegiertenversammlungen der Betriebe, Gewerkschaften usw.

Bildung von örtlichen Aktionskomitees. Zentralisierung der Aktionskomitees im Landes- und Reichsmaßstabe.

Die Einberufung von Landeskonferenzen und nach Durchführung der Landeskonferenzen die Einberufung eines Reichskongresses der Aktionskomitees mit besonderen Delegationen der Gewerkschaften, der Betriebsräte, der Arbeiterkammern, der Arbeitslosenräte, der Bauernkomitees, der Mieter-, Freidenker- und Sportorganisationen zum Zwecke der Aufstellung eines Aktionsprogramms der Werk tätigen Oesterreichs.

Bis zur Einberufung des Reichskongresses und bis zur Aufstellung eines allgemeinen Aktionsprogramms erhebt die Versammlung als notwendigste Mindestforderungen:

Sofortige Entwaffnung und Auflösung der Frontkämpfer und aller anderen faschistischen Organisationen.

Sofortige Durchsuchung der großen Güter der ungarischen Magnaten im Burgenlande (Graf Esterhazy) unter Kontrolle der Gewerkschaften und des Republikanischen Schutzbundes und Beschlagnahmung aller Waffen und Munition, die dort massenhaft lagern.

Sofortige Bewaffnung des Proletariats und organisierte Zusammenfassung des bewaffneten Proletariats im Republikanischen Schutzbund. Wehrhaftmachung der proletarischen Jugend.

Ausbau des Republikanischen Schutzbundes zu einer bewaffneten Organisation des gesamten klassenbewußten Proletariats und korporativer Eintritt der Belegschaften der Betriebe in den Republikanischen Schutzbund.

Sofortige Organisation einer ständigen Kontrolle der Eisenbahnen und des Automobilverkehrs auf Waffen und Munitionstransporte durch gemeinsame Kontrollkommissionen der Eisenbahner und des Republikanischen Schutzbundes.

Ausweisung aller faschistischen und monarchistischen Organisatoren aus Italien, Bayern und Ungarn, die ständig Oesterreich bereisen und selbst mit der Seipel-

Regierung Verhandlungen führen (Escherich). Säuberung des Staatsapparates und der bewaffneten Formationen (Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie usw.) von allen faschistischen Elementen.

Absolute Sicherung des Asylrechtes für die politischen Emigranten aus den Ländern des weißen Terrors.

Absolute Sicherung des Achtstundentages und des Siebenstundentages in den gesundheitsschädigenden Betrieben, endgültige Verweigerung aller Ueberstunden.

Kampf um höhere Löhne.

Hände weg von der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Entschlossene Abwehr der großbäuerlichen Wucherforderungen.

Abschaffung der Lohn- und Warenumsatzsteuer. Abwälzung der Steuerlasten auf die Bourgeoisie.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 25 Prozent, Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf alle Erwerbslose und auf die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

Enteignung des Großgrundbesitzes, zunächst der ungarischen Monarchisten im Burgenland und dann in allen übrigen Landesteilen und dessen Aufteilung auf die Kleinbauern und Siedler.

Der Hauptfeind der Werktätigen Oesterreichs ist die Seipel-Regierung. Darum muß der Kampf aufgenommen werden zum Sturz der Frontkämpferregierung und zur sofortigen Auflösung des Schandparlaments.

Die Versammlung fordert von den Gewerkschaften, vom Republikanischen Schutzbund und von allen Massenorganisationen des Proletariats, daß sie sich für die vorstehenden organisatorischen Maßnahmen und für die Mindestforderungen einsetzen und die erforderlichen Schritte in die Wege leiten, um das Ziel — die Sicherung der österreichischen Arbeiterbewegung und die Abwehr der konterrevolutionären Gefahren, die dem österreichischen Proletariat drohen, zu erreichen.

Die Versammelten verpflichten sich, sich restlos und überall dafür einzusetzen, daß die allgemeinen Arbeiterforderungen, wie sie in dieser Entschließung erhoben werden, durch die gesamten Arbeiterorganisationen anerkannt, die Werktätigen durch die geschlossene Einheitsfront zur Abwehr der konterrevolutionären Gefahren gesammelt werden und der Wille des Proletariats durch den revolutionären proletarischen Klassenkampf zum Siege geführt wird.“

Wien, den 3. Februar 1927.

Das zweite Dokument ist endlich das Aktionsprogramm (Januarprogramm) der Gesamtpartei, das mit Berücksichtigung der Bewegung im ganzen Lande die Forderungen der Arbeiter formuliert. Dieses Programm wurde in einem Aufruf des Zentralkomitees der Partei in der „Roten Fahne“ vom 6. Februar publiziert. Das Programm bildete die Grundlage zu einer monatelangen Kampagne, und die Forderungen des Programms wurden in zäher Ausdauer bis zum Vorabend des Juliaufstandes propagiert. Diesem Programm entnehmen wir die folgenden Stellen:

GEGEN ARBEITERMORD UND ZWEITE SANIERUNG!

An alle Werktätigen Oesterreichs!

Die Schüsse der Frontkämpfer im Burgenland haben im gesamten österreichischen Proletariat ein millionenfaches Echo hervorgerufen. Die Werktätigen Oesterreichs wissen zu genau, daß die burgenländischen Arbeitermorde keine vereinzelt Handlungen „unverantwortlicher“ Elemente, daß sie vielmehr Signale für die überaus gefährliche Lage der Werktätigen Oesterreichs sind!

Der politische Sinn und die Ursache dieser Verbrechen ist die Absicht der Bourgeoisie, ihre Herrschaft wirtschaftlich durch eine zweite Sanierung, politisch durch den planmäßigen Ausbau der faschistischen und monarchistischen Mordorganisationen mit dem Endziel der monarchistischen Restauration „für immer“ zu festigen und zu sichern.

Die österreichische Arbeiterklasse kann die faschistischen Arbeitermörder nicht abwehren, ohne zugleich die Gesamtoffensive der Bourgeoisie zu brechen.

Die faschistisch-monarchistische Gefahr

Die österreichische Bourgeoisie sieht die Zeit gekommen, das Proletariat vollends niederzuwerfen. Die politische Form dieser vollzogenen Niederwerfung soll die wieder-

errichtete Monarchie sein. Unter Führung des imperialistischen England und des faschistischen Italien soll ein einheitlicher, monarchistisch-faschistischer Block der mittel- und südeuropäischen Konterrevolution zustande gebracht werden.

Schon besteht die engste Verbindung zwischen den österreichischen Mordorganisationen und der Seipel-Regierung mit den Horthy-Banden, den italienischen Faschisten und den bayerischen Königsmachern.

Aus Bayern, Italien und insbesondere aus Horthy-Ungarn erhalten, unter Mithilfe der Seipel-Regierung, die Mordbuben ihre Waffen.

Mit ungarischen Gewehren wurden die burgenländischen Arbeiter ermordet!

Die Seipel-Regierung begnügt sich aber nicht allein mit der Duldung und der Förderung der Arbeitermörder. Sie hat umfassende Vorbereitungen für die Wiederverkehr der Monarchie auch in Oesterreich bereits getroffen. In aller Öffentlichkeit („Reichspost“ vom 1. Februar) kündigt Seipel seinen Plan an, die faschistische Herrschaftsform der „Ständevertretung“, „Wirtschaftsparlamente“ usw. in Oesterreich einzuführen, in neuer Form das monarchistische „Herrenhaus“ zum wahren Regierungsfaktor Oesterreichs nach dem Muster des ungarischen Magnatenhauses zu machen.

Gegenüber diesen, immer akuter werdenden monarchistisch-faschistischen Gefahren verharret die sozialdemokratische Führerschaft bei ihrer altgewohnten Politik. Anstatt die Gefahren rechtzeitig und im vollen Umfange aufzuzeigen, ist die sozialdemokratische Führerschaft bestrebt, sie zu verkleinern und abzuleugnen. Anstatt gegen die frech gewordene Einheitsfront der Konterrevolution die einheitliche, geschlossene Massenkraft einzusetzen, benützt die sozialdemokratische Führerschaft die unmittelbare Lebensgefährdung des Proletariats zu einem Wahlschlager.

Die sozialdemokratische Führerschaft will die Arbeitermassen, gegenüber der bis zu den Zähnen bewaffneten Konterrevolution, auch weiterhin mit nichts anderem bewaffnen, als mit dem Stimmzettel.

Wenn es nicht zu spät werden soll, dann müssen sich die Werktätigen in Oesterreich entschlossen und mit allen Mitteln gegen die Konterrevolution zur Wehr setzen. Die Kommunisten fordern:

Sofortige Entwaffnung und Auflösung der monarchistischen und faschistischen Organisationen. Sofortige Entfernung aller faschistischen und monarchistischen Elemente aus dem Staatsdienst und aus dem bewaffneten Staatsapparat (Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie usw.)!

Kommunalisierung der Polizei!

Korporativer Beitritt der Betriebe in den Schutzbund und Bewaffnung der Arbeiterschaft in den Betrieben! Umbau des sozialdemokratischen Schutzbundes zu einer gesamtproletarischen Wehrgorganisation aller klassenbewußten Arbeiter!

Die zweite Sanierung

Die monarchistische und faschistische Bewegung ist nur ein Ausdruck des umfassenden wirtschaftlichen Angriffes der österreichischen Bourgeoisie gegen die Werktätigen. Es ist kein Zufall, daß die Schattendorfer Schüsse zu einem Zeitpunkt gefallen sind, in welchem Seipel verkündet, daß er die zweite „Sanierung“ Oesterreichs plant. Seit Wochen steht die Regierung in Verhandlungen mit den Großagrariern und Unternehmern, um die Grundzüge dieser zweiten Sanierung festzulegen.

Auch gegenüber diesem einheitlichen Angriff der österreichischen Bourgeoisie verharret die Führerschaft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in verantwortungsloser Passivität. Auch hier versucht sie, die Gefahren abzuleugnen oder zu verkleinern und auch hier empfiehlt sie den werktätigen Massen als einziges Abwehrmittel den Stimmzettel.

Ebenso wie die erste, die Genfer „Sanierung“, unter Duldung, ja sogar teilweiser Mithilfe der sozialdemokratischen Führerschaft auf Kosten der werktätigen Massen furchtbare Wirklichkeit geworden ist, ebenso droht nun die zweite „Sanierung“ Wirklichkeit zu werden! Wenn es nicht zu spät werden soll, dann müssen sich die Werktätigen Oesterreichs im Sinne der von den Kommunisten formulierten Arbeiterforderungen zum einheitlichen, geschlossenen Kampfe gegen die zweite „Sanierung“ zusammenschließen.

Gegen jedwede Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung! Kampf um ihren Ausbau, insbesondere um eine wirklich brauchbare Alters- und Invalidenversicherung! Kampf um höhere Löhne und für die Forderungen der Arbeitslosen!

Nieder mit den geplanten Raubzöllen! Weg mit der Warenumsatz- und Lohnsteuer! Abwälzung der Lasten auf die Bourgeoisie!

Die Kriegsgefahr

Das Bestreben der Seipel-Regierung geht dahin, Oesterreich in die Front des internationalen Imperialismus, in die imperialistische Kriegspolitik einzugliedern. Als Waffen- und Menschenlieferant, als Aufmarschgebiet soll Oesterreich dem imperialistischen Interventionskrieg gegen das stärkste Bollwerk des internationalen Proletariats, gegen die Sowjetunion zur Verfügung gestellt werden.

Auch diese Kriegsgefahr versucht die sozialdemokratische Führerschaft abzuleugnen und zu verkleinern. Täglich aber mehren sich die Beweise dafür, daß unmittelbare Kriegsgefahr besteht. Gegen sie gilt es, die werktätigen Massen zu mobilisieren. Hände weg von Sowjetrußland! Hände weg vom revolutionären China! Krieg dem imperialistischen Kriege! Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit!

Gegenüber den Angriffen der internationalen und österreichischen Bourgeoisie nützt nur der rücksichtslose Klassenkampf. Die Pläne und das Bestreben der Bourgeoisie, ihre teilweise Stabilisierung zu einer endgültigen zu machen, können erst dann vollständig abgewehrt werden, wenn die Massen der Werktätigen jeder bürgerlichen Herrschaft ein Ende machen, jede bürgerliche Regierung beseitigen und eine Regierung der Arbeiter und Bauern errichten!

Unmittelbar aber gilt es, sich zum Kampfe gegen die augenblicklich drohenden Gefahren zusammenzuschließen. Schluß mit der verderblichen Passivität der Gewerkschaftsbürokratie, Schluß mit der Politik des Stimmzettels!

Die Massen der Werktätigen, die sich nach den Schattendorfer Morden in Bewegung gesetzt haben, müssen in Bewegung bleiben. Der Daseinskampf der österreichischen Werktätigen wird ein Kampf der Massen selbst sein oder er wird mit einer allgemeinen Niederlage enden. Fordert darum in allen Betrieben die Einberufung von Belegschaftsversammlungen und von Betriebsräte-Konferenzen, die zur gegenwärtigen Lage Stellung nehmen, die Abwehrmaßnahmen besprechen und beschließen sollen!

Zwingt die Gewerkschaften und die anderen Massenorganisationen des Proletariats zur Aufnahme des einheitlichen, geschlossenen Kampfes!

Die Lage der Werktätigen Oesterreichs ist gefährdeter denn je. Aber das österreichische Proletariat verfügt über eine gewaltige Macht, die niemand brechen kann, wenn sie nur entschlossen eingesetzt wird.

Heraus zum einheitlichen Massenkampf, zur Verteidigung der Arbeiterexistenz!

Endgültiger Schluß mit den Arbeitermördern!

Nieder mit der zweiten Sanierung!

Weg mit der Frontkämpfer-Regierung!

Erzwingt die Auflösung des Schandparlaments!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Oesterreichs.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

So hat die KPOe lange vor dem Ausbruch des spontanen und heroischen Juliaufstandes des Wiener Proletariats unermüdlich, unter den schwierigsten Verhältnissen ihre revolutionäre Pflicht getan und alles unternommen, um die unausbleiblichen und unausweichlichen Klassenkämpfe des Proletariats so zu gestalten, daß diese Kämpfe nur zum Nutzen und zum größeren Machtzuwachs der Arbeiterklasse hätten gereichen müssen.

KARL KREIBISCH:
DIE SOZIALDEMOKRATEN DER
TSCHECHOSLOWAKEI IN DER OPPOSITION

Um die Stellung der Sozialdemokraten dort, wo sie sich in der Opposition befinden, richtig zu würdigen, und den Kampf gegen sie auch in dieser Lage richtig zu führen — was die richtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront in sich schließt —, darf man keinen Augenblick außer acht lassen, daß die Teilnahme an der Regierung und die Opposition bei den Sozialdemokraten immer nur zwei Seiten ihrer Politik der Einheitsfront mit der Bourgeoisie sind. Welche der beiden Abarten dieser Politik gerade gewählt wird, hängt immer davon ab, was der Bourgeoisie und gelegentlich auch der Sozialdemokratie in der gegebenen Lage im gemeinsamen oder auch im besonderen Interesse nützlicher erscheint. Denn es gehen schließlich auch die Interessen der verschiedenen Schichten und Parteien der Bourgeoisie oft auseinander und infolgedessen können sogar die Sozialdemokraten darüber, welche Taktik ihnen nützlicher erscheint, manchmal eine andere Ansicht haben als die Bourgeoisie oder ein Teil derselben. Beispiele sprechen die deutlichste Sprache und daher ist es wohl nicht unnützlich, an dem tschechoslowakischen Beispiel diese Seite der Taktik der Sozialdemokraten zu demonstrieren. Mit den Sozialdemokraten zusammen sind hier auch, wenn nichts Besonderes hervorgehoben wird, immer die tschechischen Nationalsozialisten gemeint, die im großen und ganzen Sozialpatrioten von demselben Schlage sind und die gleiche Politik betrieben haben. (Man darf dieselben aber nicht mit den deutschen Nationalsozialisten bzw. Hakenkreuzlern vergleichen.)

Die tschechischen Sozialdemokraten haben die Koalitionspolitik von allen sozialdemokratischen Parteien mit der größten Ausdauer betrieben. Vom 28. Oktober 1918 bis zum März 1926 waren sie ununterbrochen in der Regierung oder — weil es 1920/21 das Zwischenspiel einer Beamtenregierung gab — in der Regierungsmehrheit und haben als Regierungspartei die gewagtesten arbeiterfeindlichen, reaktionären Stücklein mitgemacht. Keine sozialdemokratische Partei war in diesem Punkte so unbekümmert und gewissenlos wie die tschechischen Sozialdemokraten und nur die gehobene nationale Stimmung eines großen Teiles der tschechischen Arbeitermassen in den ersten Jahren nach der Gründung des neuen Staates bewirkte, daß diese Politik nicht einmal zur Herausbildung eines linken Flügels in der Partei führte. War diese ausdauernde Regierungspolitik der tschechischen Sozialdemokraten die Quelle der numerischen Stärke unserer kommunistischen Partei, welche zur relativ stärksten kommunistischen Partei der kapitalistischen Staaten und stärksten Arbeiterpartei der Tschechoslowakei wurde, so war sie andererseits auch die Quelle ihrer ideologischen Schwäche, weil schon die Spaltung fast nur auf der zentristischen Plattform der bloßen Ablehnung des Ministerialismus erfolgte, und der Kampf gegen die Sozialdemokratie in der ersten Zeit in der Hauptsache als Kampf gegen den Ministeria-

lismus geführt wurde. Die Bubnik-Krise war auch der Ausdruck der Tatsache, daß die Elemente, die sonst einen linken Flügel in der Sozialdemokratie gebildet hätten, bei der Spaltung mitgerissen wurden. Die Einheitsfronttaktik der KPTsch wurde von der Stellung der tschechischen Sozialdemokratie als Regierungspartei naturgemäß stark beeinflußt und daraus ist auch zu erklären, daß, als die Sozialdemokraten in die Opposition gingen, diese Aenderung in ihrer politischen Stellung von manchen Genossen überschätzt wurde und die Anpassung der Taktik der Einheitsfront an diese neue Lage nicht ohne einige Entgleisungen vor sich ging. Diese Fehler wurden aber von der Partei rasch korrigiert.

Daß es im März 1926 zum Sturz der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung und im folgenden Herbst, nach dem kurzen Interregnum einer Beamtenregierung, zur Bildung der jetzigen tschechisch-slowakisch-deutschen bürgerlichen Koalitionsregierung kam, hatte etwa die folgenden Gründe:

Erstens mußte eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Stabilisierungsmaßnahmen (feste Agrarzölle, Steuerreform zugunsten der Kapitalisten, Verschlechterung der Sozialversicherung, Verwaltungsreform, Verschärfung des Polizeistrafverfahrens, engere Verbindung von Staat und Kirche durch Erhöhung der finanziellen Leistung des Staates für die Kirche und Konkordat mit dem Vatikan) durchgeführt werden, welche für die Sozialdemokratie eine zu starke Belastungsprobe gegenüber den Massen bedeuteten und zu einer Schwächung der Sozialdemokratie zugunsten der Kommunisten zu führen drohten, so daß nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Bourgeoisie Angst davor bekamen und es zweckmäßiger fanden, wenn die Sozialdemokraten als Oppositionspartei das ihrige beitrugen, einen wirklichen Abwehrkampf der Arbeiter und das Zustandekommen einer wirklichen Einheitsfront der arbeitenden Klassen zu verhindern.

Zweitens machten die Schwierigkeiten der Stabilisierungspolitik und auch die internationalen Ereignisse (Locarno) es notwendig, eine engere Annäherung der tschechischen, slowakischen und deutschen Bourgeoisie herbeizuführen, um die politische Kraft der Bourgeoisie zu steigern, damit dieselbe in der Verfolgung ihrer Politik nicht immer und allzusehr auf die Sozialdemokraten angewiesen und gegebenenfalls auch allein imstande sei, zu regieren und sich so die Sozialdemokraten gefügiger zu machen. Auch der Kredit des Staates in der kapitalistischen Welt sollte, im Zeitalter von Locarno, durch das „innerpolitische Locarno“ der tschechischen und deutschen Bourgeoisie gehoben und gefestigt werden.

Drittens brauchten die tschechischen Sozialpatrioten dringend einen Erholungsurlaub vom Regierungsdienste, um sich zu konsolidieren. Hier zeigte sich der Unterschied zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und den tschechischen Nationalsozialisten. Der mehr kleinbürgerliche und nationalistische Charakter der Sozialisten bewirkte, daß nach ihrem Austritt aus der Regierung eine Parteikrise ausbrach, weil der rechte Flügel der Partei das Ausscheiden aus der Regierung nicht ertrug. Es kam zu einer, wenn auch zahlenmäßig nicht bedeutenden Sezession unter der Führung des gewesenen Ministers Stribrny. Die Führer der tschechischen Sozialdemokraten aber, denen die Regierungspolitik in den Massen Schwierigkeiten bereitete, rechneten und rechnen damit, daß jene Arbeiterelemente, die nur deshalb

mit den Kommunisten gingen, weil sie gegen die Regierungspolitik, nicht aber deshalb, weil sie zum revolutionären Kampf entschlossen sind, jetzt, wo die Sozialdemokratie in der Opposition steht, wieder zu derselben heimfinden werden. Dieser lebhafteste Wunsch der Sozialdemokraten begegnet sich mit dem nicht weniger lebhaften Wunsch der Bourgeoisie nach einer Schwächung der kommunistischen Bewegung. Es ist auch nicht zu leugnen, daß der Austritt der tschechischen Sozialdemokraten aus der Regierung und ihre schein-oppositionelle Politik zu einer gewissen Konsolidierung ihrer Partei geführt hat.

Viertens brauchten die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten eine solche Entlastung der Sozialdemokratie der Tschechoslowakei überhaupt, um dem Sinken des Ansehens der Sozialdemokratie in den Massen Einhalt zu gebieten, und eine gewisse Annäherung der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten, die einander in der Politik stets als Gegner gegenüberstanden, zu versuchen, um damit ebenfalls zur Konsolidierung ihrer Partei beizutragen.

Die enge Verbindung der tschechischen Reformisten mit ihrer Bourgeoisie, auch nach ihrem Austritt aus der Regierung, wurde nach außen hin demonstriert durch das Verbleiben des Außenministers Benesch, welcher Mitglied des Präsidiums der tschechischen Sozialistenpartei ist, in der Regierung, und durch die Wahlkampagne für Masaryk, der in einer seiner offiziellen Kundgebungen als Präsident der Republik die neue Bourgeoisregierung warm begrüßt hatte. Diese Begrüßung bedeutete die Versicherung, daß man die Opposition der tschechischen Reformisten gegen die Regierung nicht ernst zu nehmen brauche. Zudem hatten sich die tschechischen Sozialdemokraten beim Amtsantritt der neuen Regierung bemüht, ihr eine gute Seite abzugewinnen, indem sie schrieben, daß die internationale Bourgeoisregierung wenigstens einen Fortschritt bedeute, nämlich die ersten Schritte zur Annäherung der Nationen in der Tschechoslowakei. Nachdem die Stürme der gemeinsamen Massendemonstrationen von kommunistischen, sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeitern und der parlamentarischen Obstruktion gegen die Agrarzölle und das Millionengeschenk für die Kirche vorübergegangen waren, übertrafen sich die tschechischen Reformisten in Versicherungen, daß sie gegen jede Obstruktion seien und im Gegensatz zu den Kommunisten eine staatstreue, positive und loyale Opposition machen wollen.

Die Arbeit der bürgerlichen Koalitionsregierung ist bisher fast programmäßig verlaufen und bedeutet ein beträchtliches Stück Stabilisierung des Kapitalismus, was angesichts der wirtschaftlichen Krise vom vorigen Jahre und der politischen Krise nach den Wahlen vom Herbst 1925 um so wichtiger ist. Die tschechische, slowakische und deutsche Bourgeoisie haben gezeigt, daß sie gemeinsam zu regieren verstehen, und die Tätigkeit der deutsch-bürgerlichen Regierungsparteien hat bewiesen, daß die deutsch-bürgerlich-nationale Bewegung dem tschechischen Staate nicht mehr gefährlich ist. Das tschechisch-slowakische „innere Locarno“ hat sich schier haltbarer gezeigt als das wirkliche Locarno. Die Regierung war, dank der erfolgreichen Verhinderung der Herstellung der proletarischen Einheitsfront durch die Sozialdemokraten, imstande, den größten Teil ihres reaktionären Programms durchzuführen, ohne daß es zu einer wesentlichen Erschütterung gekommen

wäre. Auf den Parteitagcn beider sozialdemokratischen Parteien, der tschechischen und der deutschen, konnte eine gewisse Konsolidierung, die natürlich gewaltig übertrieben wurde, festgestellt werden. Die sozialdemokratischen Führer haben es sogar verstanden, in ihrer proletarischen Anhängererschaft die Illusion einer Aussicht auf ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Parteien in absehbarer Zeit zu erwecken, was um so leichter war, als infolge der jahrelangen, ja jahrzehntelangen nationalen Kampfstellung der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gegeneinander schon der kleinste Schritt einer Annäherung auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft einen großen Eindruck machen mußte. Dieses Manöver wurde durch eine scheinbare Vereinigung der tschechischen und deutschen Amsterdamer Gewerkschaften eingeleitet, die nur darin bestand, daß die Spitzenorganisationen der deutschen und der tschechischen Amsterdamer Verbände sich vereinigten, während die national gesonderten Verbände selbst bestehen bleiben. Das ganze politische Annäherungsmanöver bestand nur darin, daß die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten auf ihren Parteitagen den Beschluß faßten, miteinander über die Möglichkeit eines Zusammengehens zu verhandeln, und daß sie bei Gelegenheit der Prager Arbeiter-Olympiade, des Sportfestes des tschechischen sozialdemokratischen Turnverbandes, rein äußerliche Verbrüderungsszenen aufführten, die von den Arbeitern sicher ernst gemeint wurden, aber von den Führern nur als Täuschungsmanöver arrangiert waren. Bis jetzt haben die Sozialdemokraten noch mit keinem Worte verraten, wie weit ihre Verhandlungen untereinander gediehen sind und in welcher Frage sie schon eine Einigung erzielt haben. In Wirklichkeit wird es natürlich zwischen den tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Führern nur insofern eine Annäherung geben, als das Verhältnis zwischen der deutschen und der tschechischen Bourgeoisie ihnen das erlaubt. Bezeichnend genug ist ja hier die Tatsache, daß auch dieses erste bescheidene Annäherungsmanöver erst möglich wurde, nachdem die deutsche und tschechische Bourgeoisie sich zu einem Zusammengehen in der Regierung gefunden hatten. Der Internationalismus der II. Internationale hinkt beträchtlich hinter dem der Bourgeoisie her, oder besser gesagt: die sozialdemokratischen Parteien dürfen in ihrer internationalen Kooperation nicht weiter gehen, als die Bourgeoisie selbst geht und es ihnen erlaubt. Die internationale Verbindung der sozialdemokratischen Parteien muß derart „elastisch“ sein, daß sie es ihnen ermöglicht, jederzeit die Scheinlösung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ durch die wahrhaftere und im Weltkrieg erprobte Lösung „Proletarier aller Länder ermordet euch!“ zu ersetzen.

Besonders interessant ist da in der Tschechoslowakei der Umstand, daß die tschechischen Sozialdemokraten der Frage der Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien viel kühler gegenüberstehen als die deutschen Sozialdemokraten. Die Begeisterung des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokraten über den Beschluß ihres Parteitages wurde vom Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten mit dem kalten Wasserstrahl der Feststellung beantwortet, daß es noch sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden gebe. Die tschechischen Sozialdemokraten sind eben die Verbündeten der herrschenden Bourgeoisie und sitzen neben ihr — oder eigentlich hinter ihr, beim Schwanz — auf dem hohen Roß des tschechischen Nationalstaates.

Deshalb fassen sie die Annäherung der sozialdemokratischen Parteien so auf, daß sich die deutschen Sozialdemokraten ihnen bzw. vor allem dem Staate anzunähern haben, mit dem sich die deutschen Sozialdemokraten, nicht etwa wegen seines Klassencharakters, sondern wegen seines nationalen Charakters nicht befreunden konnten. Den deutschen Sozialdemokraten kann man die Anerkennung nicht versagen, daß sie sich redlich Mühe geben, dem Wunsch ihrer tschechischen Genossen zu entsprechen. Dieser, ihr Eifer ist auch darauf zurückzuführen, daß sie sich, besonders jetzt, wo die deutsche Bourgeoisie sie nicht mehr so notwendig braucht, isoliert und in ihrer Opposition gegen die Regierung und den Staat nicht ganz wohl fühlen, um so mehr als sie dabei, solange sie die Annäherung an die tschechischen Sozialdemokraten nicht begonnen haben, oft in eine, wenn auch nur scheinbare, aber deshalb für sie nicht weniger peinliche Nähe der Kommunisten geraten. Schon im vorigen Jahre hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokraten eine Broschüre herausgegeben, in welcher das nationale Selbstbestimmungsrecht, das nach dem Kriegsende und nach der gewaltsamen Annexion der deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens durch den tschechischen Staat von den deutschen Sozialdemokraten lebhaft propagiert wurde, abgeschworen wird. Da die deutschen Sozialdemokraten in ihren eigenen Reihen niemand fanden, der geeignet gewesen wäre, das mit Geschick und Schlaueit zu vollbringen, verschrieben sie sich zu diesem Zwecke den berühmtesten Verfechter der „Erneuerung Oesterreichs“ und des Naumannschen Mitteleuropa während des Weltkrieges, den österreichischen Reformistenführer und gewesenen Staatskanzler Karl Renner, der jetzt den tschechoslowakischen Staat genau so verteidigt, wie er seinerzeit das alte Oesterreich verteidigte. So wie 1917 die ganze deutsch-österreichische Delegation auf den Stockholmer Konferenzen der II. Internationale gegen das Selbstbestimmungsrecht der ins alte Oesterreich eingesperrten Nationen auftrat, weist Renner jetzt nach, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der unterdrückten Nationalitäten in der Tschechoslowakei unmöglich sei. Bei der letzten Präsidentenwahl im Mai haben die deutschen Sozialdemokraten auch bedingungslos für Masaryk gestimmt, und um dieser Bekehrung zur Staatsgesinnung einen demonstrativ-symbolischen Ausdruck zu verleihen, haben die Führer des deutschen sozialdemokratischen Turnerverbandes der Tschechoslowakei es bei der Prager Arbeiter-Olympiade einzurichten gewußt, daß auch ihre Mitglieder beim Aufmarsch vor dem Staatspräsidenten Masaryk und vor dem Ministerpräsidenten Svehla defilierten und die Fahnen senkten, welche Parade übrigens, durch die Anwesenheit des französischen, englischen und amerikanischen Gesandten sowie des Chefs der französischen Militärmission und des tschechischslowakischen Kriegsministers, zu einer Demonstration der Bereitschaft der sozialdemokratischen Führer wurde, die von ihnen geführten Arbeitermassen auf die Schlachtbank des nächsten imperialistischen Krieges zu schicken.

Die Nachricht, daß hinter den Kulissen zwischen dem Ministerpräsidenten und den Sozialpatrioten über ihren Eintritt in die Regierung verhandelt wird, wurde zwar von der sozialdemokratischen Presse dementiert, aber vom Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokratie Hampl bestätigt, der in einem Interview mit dem Korrespondenten des Pariser „Populaire“ sagte,

daß die tschechischen Sozialdemokraten so bald wie möglich wieder in die Regierung eintreten wollen und nur den Ausfall der im Oktober dieses Jahres stattfindenden Gemeindewahlen abwarten wollen. Bringen diese eine Stärkung der Partei, so wird das — das war der Sinn der Hamplschen Ausführungen — der Anstoß zum Eintritt in die Regierung sein. Damit ist klar und deutlich zugestanden, daß die Oppositionspolitik der Sozialdemokraten immer nur der Vorbereitung des nächsten Regierungsantrittes gewidmet ist. In diesem besonderen Falle handelt es sich zudem um ein abgekartetes Spiel der Sozialpatrioten mit dem Ministerpräsidenten Svehla, der es übernommen hat, mit Hilfe der bürgerlichen Koalition die für die Sozialpatrioten unmöglich direkt annehmbaren reaktionärsten Stabilisierungsmaßnahmen durchzuführen, um nach ihrer Erledigung den Sozialdemokraten die Rückkehr in die Regierung zu ermöglichen. Das offene Eingeständnis Hampls war den Sozialdemokraten ein wenig unangenehm, weshalb ihr Zentralorgan den Versuch machte, das Interview als ein Mißverständnis hinzustellen, ohne freilich zu sagen, was daran mißverstanden war und was Hampl in Wirklichkeit gesagt hat. Uebrigens zeigt sich jetzt schon, daß die tschechischen Sozialdemokraten ihre Kampagne zu den Gemeindewahlen auf den Wiedereintritt in die Regierung aufbauen wollen. So wertvoll für sie die Konsolidierung der Partei durch die oppositionelle Taktik ist, so müssen sie doch bei einem längeren Verweilen in dieser Lage befürchten, daß die Massen das Wesen der sozialdemokratischen Oppositionstaktik durchschauen und in den Illusionen, die sie daran knüpften, enttäuscht werden. In der echt sozialdemokratischen Auffassung, die sich ja nach jeder Etappe der Stabilisierung äußerte, daß nun die Stabilisierung endgültig gelungen sei, und keine weiteren entscheidenden arbeiterfeindlichen Maßnahmen mehr notwendig sein werden, erwarten die sozialpatriotischen Führer in der Tschechoslowakei, daß die nächste Regierungsperiode, welche die Periode der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung sein soll, im Vergleich mit der jetzigen eine schier arbeiterfreundliche, zumindest aber nicht allzu provokativ arbeiterfeindliche sein wird, weshalb sie von der Erweckung neuer Illusionen in den Arbeitermassen über eine „Linksregierung“ neue Erfolge für ihre Parteien erhoffen. In der jetzigen Periode der kapitalistischen Entwicklung besteht eben die sozialdemokratische Politik gegenüber den Arbeitermassen in der geschickten Ablösung einer Illusion durch die andere.

Ob die Verhandlungen über den Regierungseintritt nur mit den tschechischen Sozialpatrioten, oder auch mit den deutschen Sozialdemokraten gepflogen werden, ist noch nicht bekannt, aber daß die deutschen Sozialdemokraten dem nächsten sozialistisch-bürgerlichen Koalitionskabinett nicht mehr so oppositionell wie dem bisherigen gegenüberstehen werden, ist nach ihrer Haltung in der letzten Zeit fast als sicher anzunehmen, und die tschechischen Sozialdemokraten hätten als begehrteste Koalitionspolitiker gewiß mit den deutschen Sozialdemokraten nicht einmal die jämmerliche Komödie einer angeblichen Annäherung aufgeführt, wenn sie sich davon nicht den Erfolg zumindest der wohlwollenden Unterstützung ihrer nächsten Koalition durch die deutschen Sozialdemokraten versprechen. So muß die Tatsache festgestellt werden, daß die Oppositionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten in ihrem Ergebnis eigentlich die Annäherung der Sozialdemokratie beider Nationen an die Bourgeoisie wesentlich gefördert hat.

Das Dementi des tschechischen sozialdemokratischen Zentralorgans mag auch darauf zurückzuführen sein, daß ein Teil der, sozialdemokratischen Führer gegen einen überstürzten Wiedereintritt in die Regierung ist, und zwar deshalb, weil zu befürchten ist, daß eine vorzeitige Ablösung der Oppositionsillusionen durch die Illusionen einer Linksregierung der ganzen Illusionspolitik in den Massen einen schweren Stoß versetzen könnte. Wichtiger ist aber wohl, daß auch in der tschechischen Bourgeoisie Bedenken gegen eine Wiederaufnahme der Sozialpatrioten in die Regierung bestehen. Der von Kramar geführte, faschistisch orientierte Flügel der tschechischen Nationaldemokratie, ferner ein Teil der tschechischen und der slowakischen Klerikalen ist gegen eine Regierungskoalition mit den Sozialpatrioten. Aber die führende Partei der tschechischen Bourgeoisie sind die Agrarier, die heute nicht nur den Großgrundbesitz und das Großbauerntum vertreten, sondern auch fast den größten Teil des Finanzkapitals repräsentieren und deren bisher auch vorzüglich gelöste Aufgabe darin besteht, die Bauernmassen in den Dienst der Politik des Finanzkapitals zu stellen und so die politische Herrschaft der Handvoll Repräsentanten des Finanzkapitals auf die feste Grundlage einer reichlichen Million von Wählern zu stellen, von denen ein Teil auch in besonderen bewaffneten faschistischen Trupps (Schützenvereinigungen, Turnern und Bauernkavallerie) vereinigt ist. Die tschechischen Agrarier sind heute der feste Kern der tschechischen kapitalistischen Politik, und die Führer im Kampfe um die Stabilisierung des Kapitalismus. Die Politik ihres schlaunen Führers Svehla besteht darin, aus seiner Partei die Regierungspartei par excellence zu machen, um die herum sich jede Regierungsmehrheit zu gruppieren hat. Svehla versteht es ausgezeichnet, so zu manövrieren, daß er, je nach der politischen Lage, diese oder jene Garnitur von Parteien als Ergänzung zu seiner agrarischen Hauptregierungspartei in die Koalition aufnehmen kann. Nach dem Uebergang der deutschen Agrarier und Christlichsozialen in das Regierungslager, besitzt er fast unbegrenzte Möglichkeiten der Regierungsbildung in allen Lebenslagen des Staates. Sich alle diese Möglichkeiten stets offen zu lassen und immer wieder neue zu schaffen, so zu manövrieren, daß er die Garnituren der Regierungsparteien oder der regierungsmöglichen Parteien, die sich um seine Partei gruppieren können, stets auswechseln kann — das ist der Königsgedanke seiner Politik. Angesichts der nationalen, sozialen und politischen Vielgestaltigkeit und Gegensätze in der Tschechoslowakei, die stets ein sehr buntes Parteigebilde ergeben, ist dies die einzig mögliche Form der politischen Stabilisierung, bei Aufrechterhaltung eines äußerlich demokratisch-parlamentarischen Systems. Indem die Sozialdemokraten sich politisch beweglich genug zeigen, der durch Svehla vertretenen kapitalistischen Interessenpolitik je nach deren augenblicklichen Erfordernissen als Regierungs- und als Oppositionspartei zu dienen, — wobei es bei den tschechischen Sozialpatrioten sehr schwierig war, ihnen begreiflich zu machen, daß sie gelegentlich auch einmal in die Opposition gehen müssen —, erweisen sie sich als beste Stütze der kapitalistischen Stabilisierungspolitik. Es wird zwischen den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie gewiß immer wieder Streitigkeiten darüber geben, in welcher Form jene in der jeweiligen Lage ihre Lakaienrolle spielen sollen, ob als Regierungs- oder als Oppositionspartei, und der Uebergang von der einen zur anderen Stellung wird

immer von Zank und Streit zwischen den beiden Verbündeten oder auch innerhalb des Lagers der Bourgeoisie oder der Sozialdemokratie begleitet sein. Aber am Wesen der politischen Rolle der Sozialdemokratie wird das nichts ändern können. Diese bleibt die gleiche, ob sich die Sozialdemokraten nun in der Regierung oder in der Opposition befinden.

* * *

DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN FRANKREICH

Die politischen Parteien Frankreichs erscheinen durch ihre Benennungen, durch ihre Zusammensetzung und durch ihre Politik allen, die das politische Leben einiger der wichtigsten kapitalistischen Länder ein wenig kennen, die daran gewöhnt sind, in den politischen Parteien eine Vertretung der wichtigsten Gesellschaftsklassen zu erblicken, als eine komische Kuriosität. Man denkt unwillkürlich an das Bild, das vor zwei bis drei Jahren China mit seinen zahlreichen Generalen mit komplizierten Namen und wechselnden Stellungnahmen bot.

Wir werden im Nachstehenden versuchen, diese verwickelte Lage, die der Regel zu widersprechen scheint, in Wirklichkeit sie aber nur bestätigt, zu erklären. Zunächst aber wollen wir die Tatsachen darlegen, ehe wir die Erklärungen suchen.

Anzahl der Parteien und ihre Benennungen

Wieviel politische Parteien gibt es in Frankreich? Um diese Frage genau zu beantworten, müßte man viele Forschungen anstellen, die nicht der Mühe wert wären. Man kann sicher sein, daß, wenn man die Worte: Republikaner, Demokrat, Unabhängiger, Sozialist, Radikaler, Fortschrittler, Unversöhnlicher Sozialer und einige Dutzende anderer ähnlicher Worte nimmt und mit diesen Worten alle möglichen Kombinationen von einem bis zu fünf Worten vornimmt, man für jede dieser Kombinationen eine oder mehrere politische Gruppen mit dieser Benennung finden kann. Die Mehrzahl dieser Gruppen hat nur ein Arbeitsgebiet, das auf einen Wahlkreis oder auf ein Departement beschränkt ist. Alle diese Gruppen (selbstverständlich mit Ausnahme unserer Partei und der Sozialisten) haben keine Organisationen im eigentlichen Sinne des Wortes, mit Mitgliedsbeiträgen usw. . . . Sie setzen sich ausschließlich aus Gewählten (aller Grade), Kandidaten verschiedener früherer Wahlen, früheren Gewählten und Wahlausschüssen aller Grade zusammen (dieser Aufbau ist der der Radikalen Partei, die anderen sind noch verschwommener). Es gibt Gruppen, bei denen die Leute „Mitglieder“ sind, die im allgemeinen an den „monatlichen Banketten“ teilnehmen. Es gibt auch eine große Vermengung unter den Parteien, weil viele „Anhänger“ zugleich zwei oder drei politischen Gruppen angehören. Wir wollen einige konkrete Beispiele solcher Vermengungen anführen, die uns gestatten werden, die Lage besser zu verstehen:

1. In Nordfrankreich z. B. gab es eine „Republikanische Föderation“ (in der im letzten November eine Spaltung stattfand), deren Arbeitsgebiet sich auf das Departement du Nord beschränkte. Von den gewählten Parlamentariern dieser Föderation gehören einige der Parlamentsfraktion der Radikalen Partei, andere den Republikanisch-Sozialistischen Gruppen, der Radikalen Linken usw. an. Alle diese Parteien haben im Departement du Nord keine einzige Organisation.

2. Ein anderes Beispiel liefert uns der Fall Paul Raynaud, der Mitglied des Vorstandes der (von Millerand im Jahre 1924 gegründeten) „Republikanischen Nationalen Liga“ ist, zugleich aber für eine andere Partei Propaganda betreibt, die sich seit einigen Monaten „Republikanische Allianz“ nennt (vorher hatte sie sich genannt: „Republikanische Demokratische und Soziale Partei“ — nicht mehr und nicht weniger). Uebrigens gehört der „Allianz“ ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes der „Republikanischen Liga“, Le Troquer, an, der vor zwei Jahren ausgeschlossen wurde, weil er für ein Vertrauensvotum zugunsten der ersten Regierung Herriot gestimmt hatte.

3. Bei den letzten Senatswahlen konnte man im Departement de la Seine, Steeg, an der Spitze der Radikal-Sozialistischen Liste und Billiet vom „Verband für Wirtschaftsinteressen“ (der die Wahlen der Kandidaten des Nationalen Blocks finanziert) auf der Liste des Nationalen Blocks sehen. Nun stellt es sich heraus, daß diese beiden Leute in Paris einen gemeinsamen Sekretär besitzen.

4. Bei allen Senatswahlen konnte man Führer des Nationalen Blocks auf Listen kandidieren sehen (Barthou) und Radikal-Sozialisten auf Listen des Nationalen Blocks.

Die Mischung der Parteien tritt sehr klar in der Bildung der Parlamentsfraktionen in der Kammer und im Senat zutage, die einander gar nicht entsprechen. Es gibt sogar Leute, die der Leitung einer Partei angehören, in der Kammer aber in verschiedenen Gruppen arbeiten. In der Kammer gibt es folgende Gruppen:

- Radikale und Radikal-Sozialistische Gruppe.
- Sozialisten.
- Sozialistische Republikaner und Französische Sozialisten.
- Radikale Linke.
- Republikanische Demokratische Linke.
- Unabhängige Linke.
- Linksrepublikaner.
- Republikanische Demokratische Union.
- Demokraten.
- Kommunisten.

Im Senat finden wir nicht die gleichen Parteien. Wir haben da folgende Gruppen:

- Demokratische Radikale und Radikal-Sozialistische Linke.
- Demokratische und Radikale Union.
- Republikanische Union.
- Republikanische Linke.
- Rechte.

Alle diese pompösen Titel entsprechen übrigens keiner großen Sache. In den anderen Ländern bedeutet das Wort „radikal“ im allgemeinen unver-

söhnlich oder etwas ähnliches. Nun weiß die ganze Welt, daß die „Radikale“ Partei die opportunistischste der Parteien ist.

Nimmt man z. B. unter den Gruppen der Kammer die „Radikale Linke“, so wird sich jedermann vorstellen, daß es sich hier um eine Gruppe handle, die sich auf der Linken der Radikalen befindet, während sie rechts von den Radikalen steht und etwas wie die Linke des Nationalen Blocks bildet. Wenn wir an die Stelle des Wortes „Radikale“ das Wort „Opportunisten“ setzen, haben wir die genaue Definierung dieser Gruppe.

Es gibt häufig Lagen, die unterhaltend und lächerlich sind. Nach den letzten Senatswahlen im Januar war es nicht möglich festzustellen, ob die Radikale Partei Mandate gewonnen oder verloren hatte, und es gab in der Presse eine Polemik darüber. Die Frage war übrigens um so schwieriger zu lösen, als die Radikale Partei keine eigene Gruppe im Senat besitzt, was ihr gestattet hätte, die in dieser Gruppe Eingeschriebenen vor und nach dieser Wahl zu zählen und auf diese Weise einen Vergleich anzustellen (dies wäre an sich schon eine eigenartige Art und Weise, die Senatoren einer Partei zu zählen, doch sie wäre die einzig mögliche gewesen).

Das innere Leben der Parteien

Wenn wir im einzelnen auf das innere Leben jeder dieser Parteien eingehen, so wird die Sache noch belustigender.

Wir haben bereits oben gesehen, wie der Aufbau dieser Parteien ist. Wenn es derart schwache Bande zwischen den Anhängern und eine so verwickelte Vermengung zwischen den Parteien gibt, so begreift man leicht, daß die innere Disziplin nicht sehr glänzend sein muß. Die Wirklichkeit übertrifft bei weitem alle Vorstellungen. So ist es z. B. eine ungemein häufige Sache, verschiedene Kandidaten einer und derselben Partei bei verschiedenen Wahlen auftreten zu sehen. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit ist die Wahl eines Mitgliedes des Gemeinderats von Paris am 22. Mai, wobei es nicht weniger als vier Kandidaten einer und derselben Gruppe gab, die dem Nationalen Block angeschlossen war.

Es gibt in jeder Partei — man nennt dies die „Gedankenfreiheit“ — Leute, die in politischer Beziehung ungefähr all das tun, was sie wollen, und sich im übrigen dieser Disziplinlosigkeit als einer bedeutenden Eigenschaft rühmen. Wenn man beispielsweise einen Radikalen, wegen der Politik der Radikalen Partei und wegen des Eintritts Herriots in die Regierung Poincaré, angreift, so antwortet er unterschiedslos, daß er für die Politik der Partei oder Herriots keine Verantwortung übernehme, sondern ausschließlich für seine eigenen *persönlichen* Handlungen. Ein Redner des Nationalen Blocks hatte eine Diskussion mit einem Führer der Radikalen Partei, dem Mitglied des Parteiausschusses von Paris, Hulin, und kritisierte natürlich die Politik des Linksblocks. Hulin gab eine Antwort, die der Redner des Nationalen Blocks wie folgt im „Echo de Paris“ zusammenfaßt:

„Nun aber tritt Hulin auf. Eine geschickte Rede, meiner Treu. Hulin ist Hulin. Er ist nicht der Linksblock. Er ist auch nicht die Sozialistische Partei. Er ist Hulin, ein Herr Hulin, der nichts mit Herrn Herriot oder irgend jemand zu tun hat, der frei ist und nur nach seinem Gewissen handelt, der nur über seine eigene Abstimmung spricht und der übrigens in den heikelsten Fällen einfach gar nicht abgestimmt hat.“

Nicht nur, daß die Führer Disziplinosigkeiten nach ihrem Willen begehen, sondern sie haben es in den meisten Fällen nicht einmal nötig, disziplinos zu sein, weil die Parteileitung fast nie offizielle Beschlüsse faßt, sondern in der Regel beschließt . . ., nichts zu beschließen.

So versammelte sich beispielsweise vor kurzem der Vollzugausschuß der Radikalen Partei, um die verschiedenen Vorschläge über das Kreiswahlverfahren zu untersuchen, die dem Parlament vorgelegt waren. Der Vorsitzende der Partei schlug in dieser Sitzung eine (einstimmig angenommene) Resolution vor, in der es heißt:

„Sie (die Partei) fordert die radikalen Abgeordneten auf, in einer Frage, die für die Zukunft der Republik von wesentlichem Interesse ist, die unumgängliche Disziplin zu bewahren.“

Wenn man den angeführten Text liest, in dem es sich um eine „unumgängliche Disziplin“ und um die „Zukunft der Republik“ handelt, so möchte man glauben, daß der Vollzugausschuß eines der vorgeschlagenen Systeme angenommen hätte, für das er nun diese „unumgängliche Disziplin“ fordert. Welch ein Irrtum! In der gleichen Resolution bemerkt man, daß dies nicht der Fall ist und daß der Vollzugausschuß einfach beschlossen hat,

„den Gewählten der Partei . . . Vertrauen zu bezeugen, auf daß sie sich über die Entwürfe, die ihnen vorgelegt wurden, frei aussprechen können“.

Es verlohnt sich wahrhaft nicht, einen besonderen Beschluß zu fassen, da ja doch die Gewählten der Partei niemals etwas anderes tun, als „sich frei auszusprechen“ mit einer „unumgänglichen Disziplin“, indem sie unter den „Entwürfen, die ihnen vorgelegt wurden“, für jenen stimmen, der ihnen persönlich gefällt.

In dieser Beziehung ist es sehr unterhaltsam, folgende Tabelle der in der Kammer von den verschiedenen Abgeordnetengruppen abgegebenen Stimmen zu betrachten:

	Für	Gegen	Stimm- enthaltg.	Beurlaubt
137 Radikale und Radikal-Sozialistische Gruppen	73	1	60	3
99 Sozialisten	—	22	70	7
41 Sozialistische Republikaner und Französische Sozialisten	20	6	10	5
40 Radikale Linke	38	—	2	—
35 Republikanische Demokratische Linke	20	7	2	6
13 Unabhängige Linke	12	—	—	1
32 Linksrepublikaner	20	4	6	2
103 Republikanische Demokraten	11	74	11	7
14 Demokraten	—	7	7	—
28 Kommunisten	—	28	—	—
28 Angehörige keiner Gruppe	6	21	1	—
4 nicht Eingeschriebene	2	—	1	1
574 Abgeordnete	202	170	170	32

Wir haben eine wichtige Abstimmung über einen Artikel des Budgets von 1926 (Warenumsatzsteuer) genommen, aber diese Spaltungen kommen jeden Tag vor, mit Ausnahme der Sozialisten, bei denen dies seltener eintritt.

Die Spaltung geht nicht immer in der gleichen Art vor sich, und wir müssen aus Raumangel darauf verzichten, mehrere Abstimmungstabellen zu bringen, die aufzeigen würden, daß eine überreichliche Abwechslung vorhanden ist, wobei die eine sehr wenig der anderen ähnelt.

So hat man beispielsweise im letzten Jahr eine Verschmelzung von zwei politischen Gruppen (von Painlevé und von Brunet) auf einem sehr begeisterten Kongreß gesehen; als aber tags darauf der Minister Painlevé in der Kammer die Vertrauensfrage stellte, da stimmte mehr als die Hälfte der Abgeordneten seiner Gruppe mit Brunet an der Spitze dagegen.

Die Kongresse dieser politischen Gruppen bieten häufig einen ebenfalls eigenartigen Anblick. Der Reihe nach werden die gerührten Redner, die die widersprechendsten Dinge sagen, einstimmig mit Huldigungen überschüttet.

Eugène Lautier, Mitglied des Vollzugsausschusses der Radikalen Partei, schrieb, um die Radikalen gegen die Angriffe des Nationalen Blockes zu verteidigen, einen Artikel, in dem er die Beschaffenheit seiner Partei folgendermaßen schildert:

„Die Radikalen sind brave Leute! Sie haben seit drei Jahren nicht gezeigt, daß sie wild wären. Sie sind zähm wie die Hammel, schüchtern wie die Turteltaubchen. Sie kennen nur e i n e Leidenschaft (ach, eine sehr anspruchsvolle Leidenschaft), die der Mittelmäßigkeit. Und sie haben in ihren Reihen mehr als genug gefunden, was sie zufriedenstellen kann. Es gibt da alles mögliche.“

Man könnte, wenn man diese Zeilen liest, glauben, daß Lautier Opposition gegen die Politik seiner Partei macht, und daß ihn diese wegen der wahrlich wenig schmeichelhaften Äußerungen zur Rechenschaft gezogen hätte. Nichts dergleichen. Lautier macht nicht Opposition, und niemand zieht ihn zur Rechenschaft für das, was er schreibt, denn es herrscht „Gedankenfreiheit“.

Uebrigens macht in diesen Parteien im allgemeinen niemand Opposition, denn es steht einem frei, die offizielle Politik mitzumachen oder nicht. In dieser Beziehung sei ein Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des Parteitages der Sozialistischen Republikanischen Partei (Painlevé), der nach dem Eintritte Painlevés in die Regierung Poincaré stattfand, angeführt:

„Man hört die Thesen von Vergeat, Frédéric, Brunet und Gayot, von denen der erste die Haltung des Kriegsministers ausgesprochen tadelt, während die beiden anderen bemerken, daß diese rein persönliche Beteiligung die Partei keineswegs verpflichtete.“

Schließlich wurde folgende Tagesordnung einstimmig angenommen:

„Indem der Parteitag berücksichtigt, daß die Annahme von Ministerstellen im Kabinett Poincaré durch Linksparlamentarier nur einen persönlichen Eintritt bedeutet, erklärt er, daß die Partei dem gegenwärtigen Ministerium gegenüber keine Mitarbeit übernommen hat, indem sie ihre unerschütterliche Treue für die Grundsätze des demokratischen Sozialismus bekräftigt und der durch das allgemeine Wahlrecht mehrmals gebilligten Politik des Linksblocks treu bleibt.“

Die Ursachen des gegenwärtigen Systems

Das System der politischen Parteien Frankreichs ist unbestreitbar eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, die in den kapitalistischen Ländern vorherrscht, doch eine Ausnahme, die diese Regel bestätigt.

Um diese Behauptung zu beweisen, müssen wir eine kurze grobumrissene Uebersicht über die Lage in Frankreich vor dem Krieg und über die sozialen Kräfteverhältnisse geben.

Man sagt gewöhnlich, daß Frankreich vor dem Kriege ein „Land der Kleinbürger“ gewesen sei. Wir werden später sehen, in welchem Sinne man diese Definierung annehmen kann, jedenfalls aber muß sie durch eine andere Kennzeichnung ergänzt werden, nämlich durch die, daß Frankreich auch ein imperialistisches Land war.

Diese wichtige Besonderheit Frankreichs, ein imperialistisches Land ohne industrielle Großproduktion zu sein, ist das erste Element, das in Betracht gezogen werden muß, wenn man irgendeine Frage des Frankreich vor oder nach dem Krieg begreifen will. Sonst läuft man Gefahr, wie wir dies eingangs gesagt haben, ein verwickeltes und wechselndes Bild zu erhalten. In der Frage, die uns hier interessiert — das System der Parteien Frankreichs — spielt diese Eigenart Frankreichs der Vorkriegszeit die Hauptrolle.

Die Gewinne, die Frankreich aus seinen Kolonien und aus seinen Halbkolonien zog, flossen nicht nur einer industriellen Großbourgeoisie zu, sondern hauptsächlich den großen Banken, und ein gewisser Teil davon floß durch die Vermittlung letzterer einer breiten Schicht kleinbürgerlicher „Sparer“ zu.

Frankreich war bereits vor dem Kriege ein Land, dessen Ausfuhr von Fertigwaren weitaus die Einfuhr (dem Werte nach) überstieg, doch handelte es sich vor allem um Luxuserzeugnisse. Nun ist die Luxusindustrie eine Mittel- und Kleinindustrie mit zum Teil hochqualifizierten und verhältnismäßig gut bezahlten Arbeitern. Sie ist eine „Zusatz“-Industrie, die sich mittelbar von den imperialistischen Gewinnen nährt, kann aber nicht die leitende Rolle in einem imperialistischen Lande spielen.

Die industrielle Großbourgeoisie war ihrerseits verhältnismäßig schwach. Die großen Banken, die in ihren Händen alle Ersparnisse der breiten Schichten der „sparenden“ Kleinbürger (und sogar der Arbeiter) konzentrierten, sind es also, die die wirkliche Leitung des imperialistischen Frankreich inne hatten.

Wenn wir diese Lage berücksichtigen, sehen wir sofort folgende Tatsachen, die die Bildung der politischen Parteien beeinflussen mußten:

1. Eine große Menge von „Sparern“ aus den Reihen der Kleinbürger, Bauern und sogar Arbeiter.

2. Eine Schicht von Industriellen (der Luxusindustrien), deren Beziehungen zu den zum Teil hochqualifizierten und verhältnismäßig gut bezahlten (dies ist nicht immer der Fall, doch das ist eine andere Frage) Arbeitern mehr oder minder „demokratisch“ sind.

3. Eine große Schicht von Intellektuellen — nicht nur die Kleinbürger, sondern auch viele bessergestellte Arbeiter — lassen ihre Kinder studieren.

4. Schließlich eine verhältnismäßig schwache industrielle Großbourgeoisie und eine kleine Gruppe mächtiger Finanzleute, die über das Geld der „Sparer“ verfügen. (Es handelt sich hier nicht darum, eine genaue Aufzählung aller Gesellschaftsschichten zu geben, und wir beschränken uns daher auf das, was für unsere Beweisführung notwendig ist.)

Man muß ebenso auch in Betracht ziehen, daß die Finanzleute eine kleine Oligarchie bilden und persönlich mit den Schichten der Kunden, Lieferanten usw. weniger verbunden sind, als dies bei der Industriebourgeoisie der Fall ist, und die daher weniger imstande sind, eine große Volkspartei zu bilden. Sie stützen sich im allgemeinen auf „intellektuelle Lakaien“ jeglicher Art.

Alle diese Bedingungen mußten notwendigerweise dem Kleinbürgertum eine große politische Rolle verleihen und dazu führen, daß die Parteien den Charakter annahmen, den wir oben beschrieben haben, mit einem b e r u f s m ä ß i g e n politischen Personal im Dienste der besten Zahler, opportu-

nistisch, geeignet, alles durch Kompromisse zu „arrangieren“, vom Anarchismus zur Reaktion übergehend usw. Auch die Arbeiterbewegung Frankreichs ist dem Einflusse des Kleinbürgertums und der Intellektuellen, die später in den Dienst der Finanzleute und der Industriellen traten, nicht entgangen. Man braucht keineswegs darüber erstaunt zu sein, daß Briand, den man den „Mann der paradoxen Lagen“ genannt hat, innerhalb 25 Jahren politischen Lebens zehnmal Ministerpräsident und dreizehn Jahre Minister sein konnte. Man braucht auch nicht darüber erstaunt zu sein, daß das französische Parlament so lange Zeit braucht, um zu begreifen, um was es sich handelt, wenn es jedes Kompromiß so „zurechtzulegen“ weiß, um eine Mehrheit zu haben. Ein französischer Journalist sagte von der parlamentarischen Arbeit, daß sie ein „Laufen zum bestehenden Zustand“ sei.

Es gibt Gesetze, die bereits vor dreißig oder vierzig Jahren von der Kammer angenommen, aber noch nicht vom Senat überprüft worden sind. Auch dies ist ein Mittel, um die Dinge zu „adjustieren“.

Die neuen Tendenzen

Im vorhergehenden Teile haben wir eine kurze Uebersicht über die Lage Frankreichs vor dem Kriege gegeben, die die Ursache des von uns beschriebenen politischen Systems ist.

Frankreich hat seitdem wichtige Aenderungen erfahren (Industrialisierung, Verarmung der Mittelklassen usw.). Diese Aenderungen haben natürlich eine Tendenz zu einer Reorganisierung des bestehenden politischen Systems mit sich gebracht. Die Bildung des „Nationalen Blocks“ im Jahre 1919 und die Vorbereitung eines neuen „Blocks der Nationalen Einheit“ für die Wahlen von 1928 sind Versuche der Bildung einer großen bürgerlichen Partei unter der Führung der industriellen Großbourgeoisie.

Indessen sind dies bis jetzt nur T e n d e n z e n , und wenn wir eine ganze Reihe von Tatsachen finden, die für diese Tendenzen sprechen, so finden wir ebenso Tatsachen entgegengesetzter Art. Die Ursache dieses Schwankens ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Aenderungen, die das Wirtschaftsleben Frankreichs erfahren hat, noch nicht gefestigt sind. Die Entwicklung der Großindustrie hat noch keine großen Hindernisse gefunden und zwar wegen der Inflationsperiode, die Frankreich nach dem Kriege mitgemacht hat. Die Stabilisierung des Franken wird für die neue Industrie Frankreichs eine erste Prüfung ihrer Fähigkeit sein, sich nicht künstlich durch die Inflation, sondern unter den normalen Verhältnissen des Weltmarktes zu erhalten. Die neuen Zolltarife und die anderen Schutzmaßnahmen haben auch den Zweck, diese Festigung der durch den Krieg herbeigeführten Aenderungen zu erleichtern.

Die Prüfung der Stabilisation des Franken ist nicht das einzige Hindernis für die Festigung der industriellen Großbourgeoisie. Die Großbanken, die, wie wir oben gezeigt haben, den französischen Imperialismus vor dem Kriege geleitet haben, sind nicht gewillt, sich durch die industrielle Großbourgeoisie von dieser Führung verdrängen zu lassen. Die erste Niederlage des Nationalen Blocks, der 11. Mai 1924, ist ein Beweis für die Kraft dieser Banken, die mit den kleinbürgerlichen Parteien in Verbindung stehen. Diese Banken haben sich die Mitarbeit einer großen Anzahl Sozialistenführer gesichert und bereiten gegenwärtig einen neuen „Linksblock“ vor. Sie kämpfen für

eine schnelle gesetzliche Stabilisierung des Franken, gegen die Schutzzolltarife der Großindustrie, für die Rückkehr zum Kreiswahlverfahren usw. usw.

Auf dem letzten „Kleinen Parteitag“ der Radikal-Sozialistischen Partei wurde eine Resolution angenommen, in der die Verwandlung aller Zweige der Großindustrie, die durch ihre Entwicklung zu Privatmonopolen geworden sind, in Staatsmonopole gefordert wird. Dies ist gegen die industrielle Großbourgeoisie gerichtet.

In seiner Rede auf dem Parteitag von Lyon entwickelte Léon Blum eine Theorie, der zufolge sich das Proletariat mit den Schichten des Klein- und Mittelbürgertums vereinigen muß, um gegen die industrielle Großbourgeoisie zu kämpfen.

In der Presse der „Linken“ wird eine Kampagne gegen die „wirtschaftlichen Zusammenschlüsse“ geführt und der Haß des französischen Kleinbürgers gegen den „Bourgeois“ (Industriekapitalisten) ausgebeutet. Es scheint, nach den „Linken“ zu urteilen, daß Frankreich kein kapitalistisches Land sei, sondern daß der Nationale Block es dazu machen wolle. Es sei in dieser Beziehung der Auszug aus einer Rede angeführt, die der Radikal-Sozialist Margaine in der Kammer gehalten hat:

„Wir wollen keinen internationalen Kommunismus, doch wir wollen auch keinen internationalen Kapitalismus, und wenn uns jemals die Verhältnisse zur Wahl zwischen den beiden zwingen sollten, würden wir nicht den Kapitalismus wählen, da wir überzeugt sind, daß er noch ärgere Uebel herbeiführen würde als der Kommunismus.“

Die kürzliche Niederlage Poincarés in der Frage des Streichholzmonopols, die Niederlage der Regierung in der Frage der Zolltarife und andere Tatsachen in dieser Beziehung sprechen dafür, daß die Hindernisse, auf die die industrielle Großbourgeoisie auf dem Wege zu ihrer Festigung stößt, noch immer recht zahlreich und recht ernster Art sind.

GUIDIO:
DER FASCHISMUS IM DIENSTE
DES ANGLOSÄCHSISCHEN KAPITALS

Als noch die Regierung „Anti-Italias“ in Rom am Ruder war, da führte Mussolini im „Popolo d'Italia“ eine wütende Kampagne gegen die Auslieferung des Vaterlandes an das ausländische Kapital, gegen die Unterstellung Italiens unter die Kontrolle der anglosächsischen Hochfinanz. Nun aber war es gerade seinem faschistischen italianissimo Regime beschieden, der wirtschaftlichen Eroberung Italiens durch die einst geschmähten ausländischen Kapitalisten, die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Einst hatte er Nitti beschuldigt, im Vereine mit der internationalen Sozialdemokratie, Italien an die nordamerikanische Plutokratie verkaufen zu wollen, heute haben seine Finanzminister De Stefani und Volpi den Einfluß der New Yorker Großbanken nicht nur in der Privatindustrie gestärkt, sondern ihnen auch das Telephonwesen, die Verwaltungen der größten Städte, ja sogar die Banca d'Italia und damit die Kontrolle über den gesamten Geldmarkt des Landes überantwortet.

Bevor wir unsere Aufmerksamkeit den letzten Tatsachen dieses Prozesses zuwenden, wollen wir daran erinnern, daß das fremde Kapital in Italien seit jeher eine vorherrschende Stellung eingenommen hat.

1. Infolge des Krieges hat sich diese Lage der Dinge naturgemäß weiter verschärft. Italien, eingetreten in diesen ohne jegliche Kapitalsreserven — an den Lasten des Lybischen Krieges hatte es noch genug zu tragen — konnte sich von inneren Anleihen keinen nennenswerten Erfolg versprechen. Es mußte seine Zuflucht zu einer, ins riesenhafte gehenden Verschuldung an das Ausland nehmen. Im Vertrage von London machten die Alliierten den italienischen Staatsmännern alle möglichen Versprechungen, doch den Verzicht auf die Rückzahlung der Schulden vergaßen sie, was ihnen ernst genommen sein wollende italienische Schriftsteller heute zum Vorwurf machen. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker wurden die wirtschaftlichen Fesseln, die Amerika und England um ihren Verbündeten schlugen.

Gerade die „nationale“ Regierung des Faschismus war es nun, die im Jahre 1925 ihren Finanzminister Volpi nach den Vereinigten Staaten schickte, damit er dort die Schuldenfrage regele. Wenn er auch dabei einen Nachlaß von 68 Prozent erhielt, so war doch Italien gezwungen, endlich die jährlichen Tributzahlungen aufzunehmen, was nicht nur eine schwere Belastung des Budgets darstellt, sondern auch, wie wir schon eingangs bemerkten, der faschistischen „Ideale“ aus den ersten Stunden der Bewegung.

Diese Schuldenregelung war für das fremde Kapital das Signal, daß nun der allgemeine Ausverkauf, sozusagen der behördlich bewilligte, — von Wallstreet und der London City nämlich — beginnen könne.

Das Ausland hatte schon vorher seine Position in Italien weiter verstärkt. Darüber fehlen genaue Ziffern. Aber bekannt wurde unter anderem

als eine Operation größten Stiles der Ankauf eines Aktienpaketes der SIP (Società Idroelettr. Piemontese, Gesellschaft zum Ausbau der Wasserkräfte Piemonts) für 100 Millionen Lire durch das Bankhaus Blayr & Co. in New York. Jetzt aber war der Weg frei, um in einer bequemerem, d. h. mit geringerem Risiko verbundenen Weise Einfluß in Italien zu erlangen, nämlich durch Gewährung von Anleihen.

Die bedeutendste dieser ausländischen Anleihen, die Italien seither erhielt, wird natürlich durch die 100 Millionen Dollar der Morgan-Anleihe repräsentiert, deren effektive 90 Millionen zur Erhöhung der Goldreserve der Banca d'Italia zur Verfügung gestellt wurden, die dafür die Staatsschuld um den Betrag von $2\frac{1}{2}$ Milliarden Papierlire reduzierte, eine Operation, die der Ausgangspunkt für die Aufwertungs politik Mussolinis war.

2. An anderen öffentlichen Anleihen kamen später jene an die Gemeindeverwaltungen von Rom und Mailand in der Höhe von je 30 Millionen Dollar hinzu.

3. Viel größer jedoch sind die Summen, die unter der aktiven Förderung des Staates in Form von langfristigen Industriekrediten ins Land flossen und noch fließen sollen. Nach offiziellen Angaben beliefen sich die ausländischen Anleihen der italienischen Industrie bis Mitte Februar d. J. auf 111 Milliarden Dollar, 1,4 Mill. Pfund Sterling und 3 Mill. holländische Gulden.

Diese Gelder verteilen sich wie folgt:

Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen	20	Mill. Dollar
Società Italiana per il gas	5	„ „
Montecatini	10	„ „
Fiat	10	„ „
Unione Esercizi Elettrici	6	„ „
Società Lombarda Elettività	10	„ „
Società Edison	10	„ „
Società Adr. di Elettività	10	„ „
Società Terni	10	„ „
S. E. di Adamello	10	„ „
S. Meridionale di Elettività	5	„ „
S. Gen. El. della Sicilia	5	„ „
Sni Viscosa	1,4	„ Lstg.
Soc. Italo Olandese Enka	3	„ hfl.

Seit Mitte Februar wurden jedoch eine Reihe weiterer bedeutender Anleihen abgeschlossen. So die 10 Millionen Dollar Anleihe der Telephon-Gesellschaft Norditaliens (Soc. Telefonica Alta Italia), eine andere 10 Millionen-Dollaranleihe für Subventionen an die Industrie bei Blayr & Co., die Emmission einer Anleihe im Betrage von 1,6 Mill. Pfund Sterling zugunsten des italienischen Schifffahrtskonzerns (Consorcio Italiano di Navigazione) und die gleichzeitige Emmission einer anlagen Anleihe von 20 Millionen Dollar in New York. Endlich die erst kürzlich zustandgekommene Anleihe von 5 Millionen Dollar, die das Bankhaus Hallgarten & Co. der Soc. Idroelettrica dell'Isarco gewährte, welche die Wasserkräfte des Eisack in Südtirol ausbeuten wird.

4. Außerdem beabsichtigt, wie in den letzten Tagen gemeldet wurde, die oben erwähnte Soc. Elettr. Adamello mit demselben Bankhause Harris Forbes in New York, von dem sie ihre Anleihe hatte, in Verhandlungen

über eine neue Anleihe von 3 Millionen Dollars zu treten, die unter den Gesellschaften Ideoelettrica dell'Ozola, Brioschi per Imprese Elettriche und Idroelettrica dell'Allione aufgeteilt und von diesen auch hypothekarisch garantiert werden soll. Auch der „Berliner Börsencourier“ vom 24. Juni dieses Jahres wußte von schwebenden Verhandlungen über die Emmission neuer größerer italienischer Anleihen in New York zu berichten.

Die internationale Hochfinanz hat also in der kurzen Periode von nicht einmal 2 Jahren, die seit den Verhandlungen Volpis in Amerika verfloßen sind, dem faschistischen Italien eine Summe zur Verfügung gestellt, die bei dem heutigen günstigen Stande der Lira 6 Milliarden Papierlira darstellen würde, tatsächlich aber weit darüber hinausging.

5. Die Summe der ausländischen Anleihen überschreitet demnach bei weitem die vom Minister Volpi am 2. Juni d. J. in der Kammer anlässlich seiner großen Rede gemachten Angaben. Er nannte dabei, absehend von der Morgan-Anleihe des Staates, die Zahl von „ungefähr“ 200 Millionen Dollar.

An erster Stelle unter den Kreditoren des Faschismus stehen die Vereinigten Staaten, doch soll auch das deutsche Kapital nicht fehlen, obgleich die Presse auf Anordnung von oben darüber nicht schreiben durfte, offenkundig um dem „notleidenden“ deutschen Imperialismus keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die faschistische Regierung ist natürlich sehr stolz auf diesen Kredit, den sie übrigens noch lange nicht für erschöpft hält, wie die Worte Volpis in seiner oben zitierten Kammerrede beweisen.

Von besonderer Bedeutung ist es aber, daß in der Bewertung der Vorteile dieser Intervention für die Bevölkerung Italiens, Faschismus und Sozialdemokratie sich die Hände reichen. Der „Avanti“, das Zentralorgan jener „revolutionären“ Maximalisten, die ein Monopol auf das „glorreiche“ Banner des Sozialismus in Italien gepachtet zu haben glauben, schrieb im August 1925 die folgenden klassischen Sätze über dieses Thema:

„Die Intervention des ausländischen Kapitals und vor allem des amerikanischen kann zu folgenden Ergebnissen führen: Weitere Entwicklung der italienischen Industrie, ohne die Notwendigkeit zu dem fürchterlichen Mittel der Inflation greifen zu müssen; Stabilisierung des Geldes; Besserung des Niveaus der Lebensbedingungen des italienischen Proletariats.“

Und dem Finanzminister Volpi, der das Wunder vollbracht hatte, aus dem Felsen der Wallstreet den Goldstrom für Italien fließen zu lassen, dichtete dieses „proletarische“ Blatt wahre Lobeshymnen, nannte ihn, im Gegensatz zu De Stefani, der ein Nationalist war, einen „neuen Mann“, der mit unbefangenen Blicke an sein Werk gegangen war, und offenbar aus lauter Freundschaft für das Volk die amerikanischen Kapitalisten bewogen hatte, Italiens Industrie zu helfen. Es tut natürlich nichts zur Sache, daß dieser Artikel geschrieben wurde, um die Aktien der SIP anlässlich der Transaktion mit Blayr & Co. an der Börse steigen zu lassen. Jedenfalls war damit die Meinung der Sozialistischen Partei Italiens über den Wert der Intervention des amerikanischen Kapitals in der eindeutigen Weise festgelegt.

Es ist von Nutzen, heute daran zu erinnern; denn jetzt läßt sich schon

die Frage beantworten: haben sich die Voraussagen des „Avanti“ erfüllt? Ist vor allem die Hebung des Lebensniveaus der breiten Massen eingetreten?

Alles andere als das. Die Aera des Wohlstandes infolge des Einströmens fremden Kapitals in Italien ist charakterisiert durch erhöhten Zoll- und Steuerdruck, dazu kann man auch die sogenannte „nationale“ — natürlich „freiwillige“ — Dollarspende zur Bezahlung der ersten Rate der Kriegsschulden rechnen, den Abbau der Löhne, den Neunstundentag, die steigende Arbeitslosigkeit und den allgemeinen Raubzug, der im Gefolge der Aufwertung der Lira durch eine kleine Clique der obersten Industrie- und Bankgewaltigen auf die Massen der Arbeiterschaft und des Bauern- und Kleinbürgertums unternommen wird.

6. Die Lebensbedingungen des Proletariats haben sich in der Weise „gebessert“, daß die durch das Hereinfließen fremder Valuten bewirkte Aufwertung der Lira benützt wurde, um die Löhne um 12 bis 15 Prozent abzubauen, und um allen öffentlichen Angestellten mit einem Schlage die Teuerungszulage zu streichen, während dagegen die Kleinhandelspreise, die doch hier maßgebend sind, nur eine Senkung von 3 bis 5 Prozent erfuhren.

7. Und wie es in der Landwirtschaft steht, darüber informierte uns erst kürzlich ein Artikel De Stefanis im „Corriere della Sera“. Während in der Woche vom 6. bis 12. Juni 1926 die Großhandelspreise für Korn in Mittelitalien L 212 bis 217 betragen, wurden in derselben Woche des heurigen Jahres L 138 bis 142 notiert. Diesem Preissturz von 35 Prozent steht beim Kunstdünger jedoch sogar eine kleine Preissteigerung gegenüber. Der Zentner mineralisches Superphosphat 14/16 kostete Mitte 1926 L 31,50 bis 32,— und kostet heute L 32,65 bis 33,—. Man kann sich die Verzweiflung der kleinen Pächter und Landwirte vorstellen, wenn man noch dazu bedenkt, daß sie während der Inflationszeit viel investiert haben und nun die Kredite in aufgewerteten Lira zurückzahlen müssen. Ähnlich steht es übrigens auch in einem Großteile der Industrie. Auch hier bedingen die starken Investitionen der Inflationszeit heute den Ruin für viele Unternehmungen. Den großen Fischzug machen dabei die Banken.

Es kann eben nur die schäbigste Demagogie oder die plumpeste Unwissenheit nicht sehen, daß diese Anleihen (zu Wucherzinsen von 7 und 8 Prozent) auf nichts anderes abzielen, als auf die völlige Beherrschung des Wirtschaftslebens Italiens zum Zwecke der fremden Kreditgeber und ihrer einheimischen Verbündeten.

Daß dabei der Hauptleidtragende die Arbeiterschaft ist, liegt auf der Hand. Sie ist es, die mit dem Mehrwert, den sie schaffen soll, nicht nur für die Profite der einheimischen Kapitalisten, sondern auch für die Zinsen an die ausländischen Gläubiger aufkommen muß. Darin liegt die Erklärung für das ungeheuerlich tiefe Lebensniveau des italienischen Arbeiters. Darin liegt auch die ökonomische Begründung der Notwendigkeit des faschistischen Regimes für die imperialistische Großbourgeoisie Italiens. Niemals wäre es möglich gewesen, in solcher Weise aus der Haut des italienischen Arbeiters Riemen zu schneiden, wenn nicht vorher der Faschismus seine Kampforganisationen zerbrochen hätte. Und es ist kein Zufall, daß diese jüngste Welle des Eindringens fremden Kapitals in Italien mit der letzten Welle des Terrors zusammenfällt. Wer deshalb die amerikanischen Dollar segnet, kann auch den Sondergerichten nicht fluchen . . .

Dazu kommt aber, daß in der finanziellen Abhängigkeit Italiens vom Auslande auch sein ungestümer Drang zur Expansion, seine prononzierte imperialistische Politik begründet ist. Nicht nur, weil es schon seit der Landung italienischer Matrosen in Massaua auf Treiben Englands immer Außenpolitik auf Rechnung anderer gemacht hat und auch heute noch macht, wie die aktive Beteiligung am Chinaabenteuer Chamberlains zeigte, wo auch nicht ein Hauch italienischer Interessen zu verteidigen war, sondern vor allem aus dem sehr einfachen Grunde, weil seine Kapitalisten, um die Zinsen für das fremde Kapital nebst dem eigenen Profit aufzubringen, die höhere Profitrate auf den Balkan, in Kleinasien und Afrika suchen müssen.

Die italienische Bourgeoisie ist heute gezwungen, eine sehr aktive imperialistische Politik zu betreiben, und wenn sie es hundertmal wüßte, daß das ein Spiel um ihr eigenes Sein oder Nichtsein ist.

So weist uns diese kleine Untersuchung über die Abhängigkeit des heutigen Italiens vom Auslandskapital auf die Lösung des großen Problems des Faschismus hin.

Der Faschismus ist zur Macht gekommen, um der italienischen Großbourgeoisie den Weg zum Imperialismus freizulegen. Die anglosächsische Hochfinanz liefert die finanziellen Grundlagen zu dieser Entwicklung. Die ungeheure Verelendung der breitesten Massen in ihrem Gefolge — bis tief in jene Schichten des Kleinbürgertums, die dem Faschismus in den Sattel geholfen haben — mobilisiert die Armeen, die den Faschismus stürzen werden. Und den Krieg, zu dem eine solche Entwicklung unausweichlich führt, werden die italienischen Arbeiter in den Bürgerkrieg umwandeln.

J. DURET:

„LA NOUVELLE REVUE SOCIALISTE“

(NUMMERN 14, 15 UND 16)

Die „Nouvelle Revue Socialiste“ lebt weiter und entwickelt sich sogar weiter: sie erscheint regelmäßig, besitzt zahlreiche ausländische Mitarbeiter, kurz sie ist im Begriff, eines der Hauptorgane der „Linken“ der II. Internationale zu werden.

Die französischen Mitarbeiter der „Nouvelle Revue Socialiste“ bekunden vor allem eine sehr lebhaft bewundernde Haltung für den österreichischen Sozialismus, dessen marxistische Phraseologie sie verblüfft.

Für jene, die in ihrer vollständigen Unkenntnis der Lehre nicht auf den Titel von „Wissenschaftlern“ Anspruch machen können, besteht der einzige Ehrgeiz darin, „Realpolitiker“, Kenner der Hintergründe der großen Politik zu sein.

Außerdem aber auch „Revolutionäre“!

Daß man es ja nicht versuche, ihnen von integrelem Reformismus zu sprechen. Sie werden darauf antworten, daß unter gewissen wirtschaftlichen, politischen, psychologischen usw. Bedingungen die Revolution möglich ist, ja sogar unumgänglich, und daß es die Sozialisten sind, denen die Rolle zufällt, die Bewegung zu führen.

Leider aber gibt es, wenn es sich darum handelt, festzustellen, wo diese wirtschaftlichen, psychologischen und anderen Bedingungen bereits existieren oder auf dem Wege dazu sind, in der nahen oder fernerer Zukunft in Erscheinung zu treten, kein einziges Land auf dieser Welt, dem man diese Bedingungen zuschreiben könnte.

Die Mitarbeiter der „Nouvelle Revue Socialiste“ bleiben wilde „Revolutionäre“, brauchen aber andere Planeten, um für sich ein Betätigungsgebiet zu finden. Da sie aber nicht auf dem Monde leben, sondern auf der Erde, in Europa, in Frankreich, müssen sie sich neben den revolutionären Deklamationen mit praktischen Angelegenheiten befassen, also mit Reformismus, Parlamentarismus, Völkerbund, Teilnahme an Regierungen.

Und so kommt es, daß wir in Nr. 14 einen Artikel unseres alten Bekannten L. O. Frossard über die . . . Wahlreform finden. Jawohl, er hat sich ein wenig entwickelt, dieser ehemalige Sekretär der Kommunistischen Partei. Die Zeiten sind fern, da er gegen die Einheitsfront kämpfte und ausrief, daß er sich niemals mit den Mördern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an einen Tisch setzen würde. Heute genügt es ihm nicht mehr, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen, heute legt er sich ihnen zu Füßen.

Er ist ein „Realpolitiker“ geworden, er jagt nicht mehr vergeblichen Träumen nach; er hat schnell die Quelle aller Uebel gefunden, die nach dem Krieg die Arbeiterklasse heimgesucht haben, und zwar ist das das Verhältniswahlssystem.

Seien wir deutlich. Im französischen Parlament stehen einander zwei Tendenzen gegenüber, die der Verteidiger des Verhältniswahlsystems und der Listenwahl einerseits und die der Vorkämpfer des Kreiswahlverfahrens und des Einmännerwahlkreises andererseits.

Diese „Frage“, die das, was allen Abgeordneten ohne Unterschied ihrer Schattierung am meisten am Herzen liegt, — ihre Wiederwahl, aufs Spiel setzt, läßt aus dem Palais Bourbon Ströme von Tinte und Speichel fließen.

Die Sozialisten sind im Grundsatz für das Verhältniswahlsystem, doch nötigt sie dieses unter den jetzigen Verhältnissen mit dem jetzt bestehenden Abstimmungs-system dazu, sich mit den Radikalen in einem Block zu begeben, wenn sie bedeutende Wahlerfolge davontragen wollen. Sich mit den Radikalen nach deren Eintritt in die Regierung in einen Block zu begeben, bedeutet, sich vor den Arbeitern, die aus Trägheit noch immer der Sozialistischen Partei folgen, vollständig zu kompromittieren. Darum hat der Reichsausschuß der Sozialisten, indem er seine Grundsatztreue gegenüber dem Verhältniswahlverfahren unterstrich, trotzdem eine Resolution angenommen, die von den sozialistischen Abgeordneten fordert, für die Rückkehr zum Einmänner-Wahlkreis zu stimmen.

Aber Frossard geht weiter. Er ist gegen das Verhältniswahlsystem sogar im Grundsatz. Die Argumente, die er liefert, sind nicht ohne Weisheit.

„Schließlich entsteht aus Verhältniswahlen nie eine Regierungsmehrheit. Durch die Drohung, eine ständige Krise des Regimes zu eröffnen (O welch ein Unglück! J. D.) führt das Verhältniswahlverfahren zu einer Art Burgfrieden der großen Parteien und verurteilt die unsrige dazu, Verantwortung zu übernehmen, die sie gerne aus dem Wege räumen würde.“ (Dieser heilige Frossard hat sich doch nicht geändert! Er wird nicht von seinem Mut erstickt, und hat stets Angst vor Verantwortung. J. D.)

„Seit dem Ende des Krieges konnte durch die Schuld des Verhältniswahlsystems keine Regierung in Deutschland von Dauer, und was noch ärger ist, keine konnte gleichartig sein und auf eine solide Mehrheit rechnen, um ein positives Programm durchzuführen. (Ach, wenn Hindenburg diesen Frossard als Ratgeber genommen hätte! J. D.)

... Ich wage sogar zu behaupten, daß in Italien das Verhältniswahlsystem an der Wiege des Faschismus steht. (Das ist einfach, aber es mußte einmal gefunden werden. Frossard hat die Lehre niemals sehr geliebt, aber sein Versuch ist ein Meisterwerk. J. D.)

Schließlich erweist Frossard seinen Freunden folgenden Bären dienst:

„Ihr Anschluß an den Linksblock erklärt sich aus dem gebieterischen Grunde, daß man eine gewisse Scham empfindet, einzugestehen, daß, wenn man nicht einen Bankier in der Liste finden würde, man nicht den Kampf aufnehmen könnte, da eine Wahl, selbst wenn man die Kosten auf das Mindestmaß herabsetzt, mehrere hunderttausend Franken kostet.“

Gestehen Sie ohne Scham ein, Frossard, Sie wußten ohnehin, daß Ihre Freunde Marionetten in den Händen der Bankiers sind.

In der gleichen Nummer befindet sich ein Artikel von Berthe Fouchère über die österreichische Sozialdemokratie, für die sie überschwengliches Lob findet. Sie benützt dies, um eine Parallele zwischen der österreichischen Sozialdemokratie und zwischen den Bolschewiki zu ziehen, die offensichtlich ganz zuungunsten der letzteren ausfällt.

Wir bringen einige Zitate, die die Gedankenarmut von Fräulein Berthe Fouchère klar darlegen:

„Es handelt sich nicht darum, zu wissen, ob die österreichische Sozialistenpartei imstande ist, die Macht zu ergreifen. Wenn aber einmal die Macht ergriffen sein wird... wird die Arbeiterklasse fähig sein... das Wirtschaftssystem und die Arbeit auf den wissenschaftlichen Grundlagen des Kollektivismus zu organisieren...“

Es handelt sich darum, zu wissen, ob, wenn der politische Umsturz durchgeführt und die wirtschaftliche Umwandlung auf dem Marsche ist, das revolutionäre Land nicht von den Nachbarländern erwürgt werden wird, die unter dem Joche des Kapitals verblieben sind.“

Es ist also eine äußerst leichte Sache die Macht zu übernehmen, so leicht, daß die Sozialisten es nie eilig haben, sich einer solchen Kleinigkeit willen Ungelegenheiten zu bereiten.

Andererseits werden die kapitalistischen Länder den proletarischen Staat zertrümmern wollen. Es wird also entweder die Revolution in allen Ländern im gleichen Jahre, am gleichen Tage, zur gleichen Stunde stattfinden, oder aber man darf die Macht nicht ergreifen, weil es immer kapitalistische Länder geben wird, die bereit sind, sich auf den neuen proletarischen Staat zu stürzen und ihn zu zertrümmern.

Erinnert uns diese Haltung nicht vollständig an jene der Sozialpatrioten, die während des Krieges dahin übereinkamen, zu sagen: „Wir wollen gerne gegen den Krieg kämpfen, aber zuerst müssen die Sozialisten der Gegnerländer auf diesem Wege voranschreiten!“

Schließlich spricht Berthe Fouchère von Rußland und beginnt böse zu werden, der Ton hört auf idyllisch zu sein, sie spricht von den „Irrungen der russischen Revolution“, von ihrem „nicht teilweisen, sondern völligen Scheitern“ und schließt mit den Sätzen:

„Der große Fehler der Bolschewiken bestand darin, daß sie nicht an die Unmöglichkeit einer kommunistischen Organisation der Gesellschaft in einem nicht industrialisierten Lande gedacht haben (besteht nicht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem, was sie sagt, und der Sprache der „Opposition“? J.D.) und ohne ein aufgeklärtes Proletariat, das seiner Klassenpflichten und seiner Verantwortungen bewußt ist.“

Sicherlich ist der Mißerfolg des Bolschewismus nicht teilweise, sondern völlig, denn er hat gar nicht die Lehren befolgt, die ihm Berthe Fouchère gegeben hat. Vor allem hat er einer „nich-tigen“ Sache Wichtigkeit beigemessen, er ergriff die Macht und hat

später, statt sich von den kapitalistischen Ländern erwürgen zu lassen, die Feinde mit dem Bajonett aus dem Lande gejagt.

Aber Berthe Fouchère begnügt sich nicht damit, Eseleien über große politische Fragen zu sagen, sondern zeigt auch, daß sie keinen blossen Dunst von der Lage in Frankreich hat. So kommt es, daß sie erklärt, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich eine „vom Kapitalismus gewollte und organisierte“ Krise sei.

Gott schütze uns davor, Freunde wie Berthe Fouchère zu haben, denn es entschlüpfen ihr allzu kompromittierende Geständnisse wie folgendes:

„Die Frage der Machtergreifung wurde bereits im Jahre 1918 gestellt, als unter dem Drucke der Habsburger Dynastie versklavten Völker das Oesterreich-Ungarische Reich zusammenbrach. Die revolutionäre Begeisterung war damals so glühend, daß es damals möglich war, den Wunsch des im Aufstand befindlichen Proletariats zu erfüllen, daß, da es die Ansteckung der Revolution Ungarns und Rußlands erlitt, heftig die Rätediktatur forderte. Aber die Sozialdemokratie wollte gar nicht die Macht für sich allein.“ (Von mir gesperrt. J. D.)

Kommentar überflüssig!

Nachdem Berthe Fouchère festgestellt hat, daß die österreichische Sozialdemokratie wahrhaftig die „Elite des Weltproletariats“ bildet, schließt sie wie folgt:

„Oesterreich wird bereits als sozialistische Gesellschaft organisiert sein, während die russische Arbeiterklasse noch um ihre Befreiung gegen ihren Staatskapitalismus und gegen die stupide Diktatur einer fest eingesessenen Bürokratie kämpfen wird.“ (Von mir gesperrt. J. D.)

Abwarten, Fräulein Berthe Fouchère! Inzwischen genügt eine Indigestion Mussolinis, um bei den österreichischen Sozialdemokraten Zähneklappern hervorzurufen. Der Grimm aller Mussolinis, Chamberlains und Briands der Welt hat keine Wirkung auf das russische Proletariat, das im Schutze der Bajonette der Roten Armee den Aufbau einer neuen Gesellschaft fortsetzt.

Nr. 16 der „Nouvelle Revue Socialiste“ ist fast ganz mit den „Fragen“ des Parteitagcs von Lyon gefüllt.

Unter den aktiven Mitgliedern wurde eine Umfrage veranstaltet über die verschiedenen Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei.

Die Mehrzahl hat sich darauf beschränkt, ihre tiefe Bewunderung für Léon Blum zu bekunden (dieser dilettantenhafte Großbürger ist daran, innerhalb seiner Partei beträchtlichen Einfluß zu gewinnen), indem sie erklärt, daß sie dem, was er in bewundernswerter Weise ausgeführt hat, nichts hinzuzufügen habe.

Einige lassen jedoch Geständnisse entschlüpfen, von denen uns scheint, daß es interessant sei, hier davon zu berichten.

Der Vizesekretär der Sozialistischen Partei, Séverac, der Hauptverfasser der Mehrheitsresolution, erklärt:

„So hart auch die in Lyon über die Kommunistische Partei geäußerten Meinungen sein mögen, sie werden nicht ungerecht sein. So groß auch die Vorsichtsmaßnahmen sein mögen, die in Lyon gegen die Kommunistische Partei getroffen werden mögen, sie werden nicht übertrieben sein.

Niemals wird der Sozialismus kräftig genug das gesamte Uebel verkünden können, das der Bolschewismus der internationalen Arbeiterbewegung, dem Weltsozialismus und der Sozialistischen Partei Frankreichs angetan hat!

Die sozialistische Bewegung befindet sich gegenüber der bolschewistischen Bewegung beinahe in der Lage, in der sich die Gründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den Utopisten befanden. Während es sich aber damals nur um einen ideologischen Konflikt handelte, handelt es sich jetzt um den Zusammenprall beträchtlicher sozialer Kräfte, großer politischer und wirtschaftlicher Organisationen. Die Feder- und Wortgefechte haben sich in ein wahres Schlachtfeld verwandelt. Sozialisten haben mit ihrer Freiheit oder mit ihrem Leben das Verbrechen bezahlt, eine Mache, nicht für Wirklichkeit zu halten.“

Von wem sind also Liebknecht, Rosa Luxemburg und so viele andere gemeuchelt worden?

Indessen setzt Séverac fort:

„Wir haben das Recht und sogar die Pflicht, unsere Meinungsverschiedenheiten mit den Kommunisten als vorübergehend anzusehen. . . . Dagegen ist die Kluft, die uns von den Radikalen trennt, derart, daß sie nicht überwunden werden kann.“

Schlußfolgerung: Gemeinsame Aktionen mit den Radikalen, rücksichtslose Abweisung jeden Versuches einer Einheitsfront mit den Kommunisten. Ist das nicht eine bewundernswerte Logik?

Der Abgeordnete Marcel Déat ist zumindest ein origineller Geist, auf den die leere Phraseologie abstoßend wirkt. Folgenderweise definiert er die Sozialistische Partei:

„1. Die Sozialistische Partei ist zugleich eine Partei der Demokratie und eine Partei des Klassenkampfes.

2. Die Sozialistische Partei ist zugleich eine Partei der Reform und eine Partei der Revolution.

3. Die Sozialistische Partei ist zugleich eine Partei der Gesetzmäßigkeit und eine Partei der Diktatur.

Begriffsverwirrung? Nein? Zusammenfassung, Zweideutigkeit? Nein, Klarheit!“

Welcher Reichtum, welche Originalität der Gedanken!

Emile Kahn, der der Rechtsströmung angehört, läßt in einem heftigen Angriff gegen den Kommunismus das entschlüpfen, was unsere Sozialpatrioten im Herzen aufbewahren.

„Er (der Kommunismus) glaubt gemäß der Lehre Lenins, den östlichen Kapitalismus durch die Revolte Asiens und die Erhebungen in den Kolonien besiegen zu können; er spekuliert auf das Elend, das die Ausplünderung der Reichtümer der fernen Länder dem Proletariat des Ostens auferlegt, er reizt den Nationalismus auf, er schürt die Konflikte.“

Das ist fast wortwörtlich das gleiche, was Sarraut und Barthou in ihren Anklagereden gegen die Kommunisten sagen: der Kommunist ist vor allem deshalb gefährlich, weil er den Geist des Aufruhrs in die Kolonien trägt.

Jean Lagelée, der der äußersten Linken angehört, schlägt andere Töne an. Die Partei muß sich einige harte Wahrheiten sagen lassen:

„Während der letzten Jahre hat der Revisionismus beunruhigende Fortschritte in unserer Partei gemacht, er hat sich dort sogar wieder herausgebildet. . . . Gewisse Genossen von uns untersuchen kühl die Möglichkeit der Ausübung der Macht unter dem kapitalistischen Regime. . . . Seit mehreren Jahren gibt es bei uns keine revolutionäre Propaganda. . . . Gegenwärtig gibt es unter den Massen ein Bedürfnis nach Einheit, das die Kommunistische Partei durch ihre wiederholten Einheitsfrontangebote zu ihren Zwecken auszunützen sucht.

Ich habe kein Vertrauen zu diesen Vorschlägen, möchte aber trotzdem gern sehen, daß sich unsere Partei bemüht, die Bestrebungen der Arbeiterwelt zum Ausdruck zu bringen und sie nicht den Kommunisten als Monopol zu überlassen.“

Man kann mit nichts besser sagen, daß die Sozialistische Partei mit der Arbeiterklasse nichts mehr gemein hat. Was machen aber dann in dieser Partei „Revolutionäre“ von der Art Lagelées? Wir sind der Meinung, daß sie die Rolle eines Köders spielen, um einige naive Proletarier für die Sozialistische Partei einzufangen. Ihre Gegenwart scheint zu sagen: „Seht doch nur, es ist doch bei uns nicht so schlecht. Neben notorischen Reformisten wie Renaudel und Grumbach haben wir Linke wie Morain und Lagelée. Wir haben für jeden Geschmack etwas; Grumbach für die Bourgeoisie, Lagelée für die Arbeiter.“

Zum Schluß endlich zwei Perlen, die von zwei bekannten Mitgliedern der Rechten geliefert werden, von Emile Kahn und Georges Mauranges.

„Die Sozialistische Partei ist eine Klassenpartei, indessen rekrutiert sie sich weder ausschließlich noch vielmehr als andere aus der Arbeiterklasse.“ (E. Kahn.)

„Schon hat die Partei aus dieser Lage Thesen gefolgert, durch die sie sich mit Recht zum Verteidiger des Individualeigentums machte. Sie muß heute an Hand der Erfahrungen mit den Tatsachen, diesen Thesen den Wert einer Lehre geben, die sie ohne Widerspruch ihrer allgemeinen Taktik anzupassen imstande sein wird.“ (G. Mauranges.)

Diese wenigen Zitate genügen, um zu zeigen, welch einen greulichen ideologischen Morast die Sozialistische Partei darstellt. Dort finden sich Pazifisten mit bewährten Anhängern der Vaterlandsverteidigung; „orthodoxe Marxisten“ (hm, hm!!!) mit Verfechtern des Privateigentums.

Aber in einer Partei, die nur eine große Wahlagentur ist, finden sich alle zum gemeinsamen Wohnen zusammen, ohne allzuviel häusliche Skandale und Lärm von zerschlagenem Geschirr.

In der Presserundschau setzt Longuet seinen Flirt mit der „Révolution Prolétarienne“ fort. Wenn Monatte die Sozialisten als Agenten der Bourgeoisie behandelt, begünstigt Longuet: „Man darf dies nicht ernst nehmen, das ist Getue, damit man nicht sage, daß er nur die Kommunisten ‚befetze‘.“

Longuet zitiert offensichtlich mit großer Genugtuung den in der „Révolution Prolétarienne“ erschienenen „Brief aus Rußland“. Er sendet tausende Komplimente an den politischen Daltonisten, der dessen Verfasser ist, und schließt mit folgenden Worten: „Welche Revanche für unsere menschwistische Genossen, für einen Kämpfer von der Aufrichtigkeit des uns entrissenen Martow, wenn er heute diese Dinge lesen könnte, aus der Feder von Leuten, die noch gestern in den Reihen der Kommunistischen Partei diese so ehrlichen Menschewiki mit der äußersten Strenge verurteilten, die dabei noch viel weniger gesagt hatten als sie!“

Es ist wirklich wahr, daß gewisse wilde Oppositionelle oder Exkommunisten, verleitet von ihrem fraktionellen Eifer, häufig mehr sagen, als die Menschewiki!

BAL
DUPLICATE
OF LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 34

BERLIN, DEN 23. AUGUST

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU / Günther: Das
vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU zur internationalen Lage
Heinz Neumann: Deutschland und der kommende Krieg / T. Mandaljan
Die Streikwelle während der Nordexpedition / Bücher- und Zeitschriftenschau

chard

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 34 23. AUGUST

I N H A L T

	Seite
Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU	1631
Günther: Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU zur internationalen Lage	1640
Neumann: Deutschland und der kommende Krieg	1648
Sawdar: Der Einfluß der chinesischen Ereignisse und der Sowjetunion auf Indien	1655
Mitzkewitsch-Kapsukas: Die faschistische Umwälzung in Litauen und die KP Litauens	1667
Mandaljan: Die Streikwelle während der Nordexpedition	1675
„Der Parteiarbeiter“	1687

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN